

5. September

6 / 2019

www.landtag-mv.de



+++ Klima im Wandel +++ Auszüge aus Original-Debatte +++ Polizeiskandal im Visier +++ Keine Rückkehrprämie für Ärzte +++ Straßenbaubeiträge sind Geschichte +++ Schülerwettbewerb „30 Jahre Friedliche Revolution“ +++ Vernetzte Start-up-Zentren +++ Umweltpreis 2019 +++ Birgit Hesse neue WIR-Vorsitzende +++



Titelfoto: Ralf Roletschek

3	Gastkolumne	Jette Studier, Redaktion Politik und Recherche – NDR MV, kommentiert die Debatte der Aktuellen Stunde zum Klimaschutz
4 – 11	AUS DEM PLENUM	
4	Aktuelle Stunde	„Land zum Leben braucht Zukunft – Klimaschutz stärken“
5 - 11	Auszüge aus der Original-Debatte	Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Christoph Grimm (AfD), Dietmar Eifler (CDU), Ralf Borschke FW/BMV), Mathias Brodkorb (SPD)
12 – 18	Berichte	Mehr Befugnisse für Polizei Polizeiskandal im Visier Keine Rückkehrprämie für Ärzte Geht das Schwimmen baden?
18 – 20	Weitere Beschlüsse	Landtag unterstützt Masern-Impfpflicht Straßenbaubeiträge sind Geschichte Buchhaltung für Kommunen vereinfacht Der Strategiefonds bleibt Mehrheit für Kohlenmonoxid-Melder Neue Redezeit für Abgeordnete Geschlossene Kinderklinik beschäftigt Landtag Schülerwettbewerb zu „30 Jahre Friedliche Revolution“
21	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
22 – 26	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Internationale Tagung – Energieausschuss in Swinemünde Jugendforum beim Parlamentsforum Südliche Ostsee in Schwerin Gemeinsamer Informationsbesuch bei den MV Werften Petitionsausschuss berät über Pflegedienste Umweltpreis 2019 Ehrenplatz für BDA-Preis
27	PANORAMA	Löschwasser-Entnahmestellen sind fertig
28	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Gerhard Reichert, Anna-Maria Leistner,
 Michaela Ludmann

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 16.08.2019

Keine Zeit für Diskussionen mit Klima-Skeptikern



Foto: privat

Jette Studier arbeitet seit vier Jahren für den NDR MV, derzeit in der Redaktion Politik und Recherche. Zuvor war Sie Volontärin beim Norddeutschen Rundfunk.

■ Jetzt ist der Klimawandel also eine Meinungsfrage – auch im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Als hätte es in den vergangenen 30 Jahren keinen Weltklimarat gegeben und als seien sich Wissenschaftler in dieser Frage nicht mit überwältigender Mehrheit einig. Einfach zu behaupten, der „Wirkprozess von CO₂ auf das Klima“ sei „wissenschaftlich unbewiesen“, wie es der AfD-Abgeordnete Christoph Grimm formulierte, reicht schon aus. Dann geht es nicht mehr darum, wie ein Problem gelöst werden soll, sondern darum, ob es überhaupt existiert. Darauf eine Lehrstunde der Logik mit Satiriker-Zitat abzuliefern, mag ja unterhaltsam sein, bringt aber nichts. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit so genannten „Klima-Skeptikern“ lenkt von konkreten politischen Konzepten ab.

Jugendlichen inszeniert. In Panik geraten ist niemand – höchstens davor, dass die Umfragewerte der Grünen noch weiter in die Höhe schießen. Stattdessen bleiben die Parteien bei altbewährten Botschaften. Das war auch in der Landtagsdebatte zu beobachten: Die CDU betont keine „Verbotspartei“ sein zu wollen, die SPD erklärt vor allem, wo Mecklenburg-Vorpommern schon überall „spitze“ im Klimaschutz sei, die Linke will die Energiewende sozialer haben – eine Debatte voll von identifizierten Spannungsfeldern und Beteuerungen, man müsse besser werden. Was fehlte? Die Antworten.

Zum Beispiel auf die Frage, ob die Bürgerbeteiligung ausreicht, damit Windräder an Land akzeptiert werden. Oder, warum es aktuell sinnvoll sein sollte, den

Future“-Aktivisten fordern – überhaupt einen Unterschied? Eine umfassende Vision davon, wie in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig gelebt und gearbeitet werden kann, war im Landtag jedenfalls nicht erkennbar.

Stattdessen wird in der öffentlichen Debatte immer wieder so getan, als liege die Verantwortung beim Einzelnen. Die Botschaft: Wer freiwillig auf Fleisch, Inlandsflüge und Plastiktüten verzichtet, rettet die Erde. Und deshalb sollen auch Landespolitiker ihre Fördermittelbescheide nicht mehr per Helikopter überbringen. Dabei werden individuelle Entscheidungen komplett überschätzt. Es geht um politische Rahmenbedingungen. Und die sehen eben gerade nur Steuern auf den Strom des ICE vor und nicht auf Kerosin. Klimaschädliches Verhalten ist deutlich zu billig – und wird es bleiben solange CO₂ keinen Preis hat.

Eine Steuer allerdings wird aus Mecklenburg-Vorpommern bisher von fast allen Seiten kritisch gesehen, weil sie die vielen Pendler im Land treffen könnte. Dabei könnten Konzepte erarbeitet werden, die gerade Familien mit Kindern nicht übermäßig belasten. Nebenbei ist es Aufgabe der Landespolitik, wenn sie konsequent sein will, nachhaltigere Angebote für Pendler zu machen. Solche Debatten sind allerdings erst möglich, wenn die Existenz des menschengemachten Klimawandels endlich nicht mehr verhandelt wird.

„ Stattdessen wird immer wieder so getan, als liege die Verantwortung beim Einzelnen. “

„Ich will, dass ihr in Panik geratet“, so hat die Klima-Aktivistin Greta Thunberg Anfang des Jahres ihren Schulstreik begründet. Angesprochen war die globale Elite, versammelt beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Spätestens seit diesem Auftritt haben Politiker verschiedenster Fraktionen für Thunberg und die Aktivisten von „Fridays for Future“ massenhaft anerkennende Worte gefunden, sich solidarisiert, vor Kameras Treffen mit den

Offshore-Deckel zu kippen und wie viel Zeit es dann noch braucht, um tausende Kilometer Stromtrassen in Richtung Süden zu bauen. Wie genau lässt sich auch im Pendler-Land der Verkehr mit Autos nachhaltiger organisieren? Muss dann E-Mobilität gezielter für den ländlichen Raum gefördert werden? Oder geht es doch zurück zur Schiene? Und macht in diesem ÖPNV-Netz ein kostenloses Schülerticket – wie es die „Fridays for

Jette Studier



In der Aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten über den Klimaschutz.

Klima im Wandel

„Fridays for Future“: Aktuelle Stunde rückt Klimaschutz in den Fokus

■ „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.“ Die Anhänger der „Fridays for Future“-Bewegung demonstrieren auch in M-V für mehr Klimaschutz. Der von Schülerinnen und Schülern initiierte globale Protest hat binnen kurzer Zeit insbesondere eines erreicht: Es wird wieder mehr übers Klima geredet. Zu Hause. Im Unterricht. An Stammtischen. In Wirtschaft. Und Politik. So auch – auf Antrag der Fraktion DIE LINKE – in der letzten Aktuellen Stunde vor der Sommerpause.

Ob Küstenregion oder Binnenland – die Natur ist ein Pfund, mit dem M-V bundesweit wuchern kann. Als Urlaubsland. Aber auch als Land zum Leben und Arbeiten. Wird das für die nachfolgenden Generationen so bleiben? Daran hat die Fraktion DIE LINKE ihre Zweifel. „Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten viel getan, um unsere Natur und Umwelt zu bewahren“, sagte **Dr. Mignon Schwenke**. „Aber reicht das? Tun wir genug?“ Ihre Antwort: „Nein!“ Der Landesregierung fehle eine Nachhaltigkeitsstrategie. „Die heutige junge Generation lässt sich nicht blenden von gelben Rapsfeldern, Wäldern, der Ostsee und den vielen Seen im Land. Sie sieht diese Schönheit bedroht.“ Das sei eine Bewegung, die die Volksparteien ins Wanken bringe.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** lobte den frischen Wind, den die „Fri-

days for Future“-Bewegung in die Klimaschutzdebatte gebracht habe. Sie führte aber auch die Spannungsfelder an, in denen sich Klimaschutz bewege. Eines davon brachten Anwohner verschiedener Gemeinden vor der Sitzung am Schloss zum Ausdruck: Sie demonstrierten gegen Windräder vor ihrem Haus. Die Ministerpräsidentin plädierte dafür, den Windkraftausbau stärker in die Ostsee zu verlagern. Dazu müsste der Bund aber die Ausbaubegrenzung lockern. Auch machten sich die Leute zu Recht Sorgen, wer am Ende den Preis für den Klimawandel zahle – etwa im Falle einer CO₂-Steuer. Sie betonte zudem, dass M-V bereits wichtige Beiträge zum Klimaschutz leiste.

Der Klimaschutz lässt sich nach Ansicht der AfD viel zu sehr von Emotionen und Hysterie leiten. Die bisherigen Maßnahmen hätten dem Land viel Lebensqua-

lität und Zukunftsfähigkeit genommen, sagte **Christoph Grimm**. Ob Schülerfreizeitticket, kompletter Umstieg auf erneuerbare Energien oder die Abschaltung des Kohlekraftwerks – die Forderungen der Schüler seien unerfüllbar.

Dietmar Eifler (CDU) warf den Linken eine verengte Sicht vor, die Aspekte wie Arbeit, Einkommen oder Mobilität ausblende. „Auch sie werden die Zukunft in unserem Land maßgeblich beeinflussen.“ Den Klimaschutz in Land und Bund sieht er auf einem guten Weg. Ihn gesetzlich umzusetzen, sei das eine, ihn zu leben jedoch das andere. Er drängte unter anderem auf Steuererleichterungen bei Wärmemodernisierungen.

Ralf Borschke (Freie Wähler/BMV) betonte, Klimaschutz dürfe sich nicht gegen Mensch und Natur richten. Seiner Meinung nach gehe es bei der geplanten CO₂-Steuer nicht um ein besseres Klima. „Damit werden Haushaltlöcher gestopft.“

Sich über Umwelt- und Klimaschutz Gedanken zu machen, sei elementar, unterstrich **Mathias Brodtkorb** (SPD). Es geht darum, den Planeten auch für Generationen zu erhalten, die wir gar nicht mehr kennenlernen werden. Dazu gehöre im Zweifel auch, „heute auf etwas zu verzichten, damit es anderen später noch gut geht“.

Auf den folgenden Seiten finden Sie Auszüge aus der Original-Debatte.

Dr. Mignon Schwenke, Fraktion DIE LINKE:
 „Klimawandel macht
 an der Grenze nicht halt“

Foto: Uwe Simmecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

[...] Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten viel getan, um unsere Natur und Umwelt zu bewahren, denn uns war schon lange klar, dass wir Natur und Umwelt nur geborgt haben von unseren Kindern und Enkeln. [...] Tun wir genug, um auch nachfolgenden Generationen ein gutes Leben in einer intakten Natur [...] zu ermöglichen? Meine Antwort heißt: Nein [...].

„ Auf den Bund brauchen wir
 nicht zu warten. “

Die heutige junge Generation lässt sich nicht blenden. [...]

(Vincent Kokert, CDU: Nur Frau Borchardt will das nicht wahrhaben, die ist gegen Windkraft!)

[...] Sie wollen Resultate sehen und sie formulieren ihre Forderungen klar und deutlich.

[...] Die nächsten fünf bis zehn Jahre werden darüber entscheiden, wie sich unser Planet und damit auch unser Bundesland weiterentwickeln werden,

(Horst Förster, AfD: Wie Deutschland. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

denn der Klimawandel macht an den Grenzen nicht halt. [...] die jungen Leute von „Fridays for Future“ haben hier [...] ihre Forderungen in einer Landespressekonferenz vorgelegt – an einem schulfreien Freitag wohlgermerkt. Es wurden der Landespolitik neun konkrete Forderungen ins Stammbuch geschrieben. [...] Wenn Sie es ernst meinen mit den Jugendlichen, dann müssen Taten folgen.

Schauen wir uns die konkreten Forderungen der Jugendlichen an. Sehr wichtig ist ihnen, dass wir aus der Kohle-Verstromung aussteigen. [...] Aber die Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbarer Energien stockt gewaltig [...]. Nach und nach geht gerade im ländlichen Raum die Akzeptanz für die Erneuerbaren weiter zurück.

(Horst Förster, AfD: Aus guten Gründen.)

[...] Es gibt kein Leitbild, wie sich die Landesregierung eine sozial gerechte Energiewende [...] vorstellt.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Weil die nicht sozial gerecht ist!)

[...] Ein substanzieller Beitrag zur dringend erforderlichen Verkehrswende ist von dieser Koalition nicht zu erwarten.

[...] Ich erwarte ja nicht die Lösung aller Probleme über Nacht, aber entsprechende Ziele, an deren Verwirklichung man schrittweise geht, das wäre [...] ein Anfang.

[...] Wir LINKE sagen, nicht nur effizienter düngen, sondern deutlich weniger düngen, [...] weniger, aber qualitativ hochwertiger Fleischkonsum durch den Verbraucher,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Und nur noch für Reiche, genau.)

Ausweitung und bessere Förderung der Weidetierhaltung, Produzieren für den Wochenmarkt und weniger für den Weltmarkt [...]. Und auch der Kampf gegen den Plastikmüll, der liegt ja bei Ihnen im Haus. Hier habe ich Hoffnung, dass wir im Agrarausschuss was Gutes zustande bekommen, denn auf den Bund brauchen wir nicht zu warten [...]. Bundesumweltministerin Svenja Schulze verweist regelmäßig auf Freiwilligkeit,

(Horst Förster, AfD: Fahren Sie nach Brüssel und erzählen Sie das da!)

und damit haben wir schon oft Schiffbruch erlitten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die vollständigen Reden finden Sie im Plenarprotokoll der 67. Landtagssitzung unter www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html, oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Das ist ein tolles Engagement der jungen Leute“

Foto: Uwe Sinnacker



Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste, vor allem liebe Schülerinnen und Schüler! Passender kann das Publikum nicht sein für die Aktuelle Stunde. Die Fraktion DIE LINKE hat mit dem Thema „Land zum Leben braucht Zukunft – Klimaschutz stärken“ ein wirklich aktuelles Thema aufgerufen, denn es ist ein Thema, was mittlerweile alle Generationen bewegt.

Aber man muss schon den Schülerinnen und Schülern der jungen Generation in Mecklenburg-Vorpommern, aber in ganz Deutschland, ja, neidlos das Kompliment machen, sie haben Schwung in diese Debatte gebracht und das ist gut so. Das ist ein tolles Engagement der jungen Leute.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

„Fridays for Future“ hat wichtige Impulse gesetzt und es gibt kaum eine Familie, natürlich auch nicht den politischen Raum, wo nicht das Klimaschutzthema diskutiert wird. Wie halten wir es denn mit der nächsten Urlaubsreise – Bahn, Auto oder Flugzeug? Wie halten wir es mit dem Plastikmüll zu Hause? Zählt nicht wieder der alte DDR-Stoffbeutel in der Tasche anstatt Plastiktüten? Und wie halten wir es damit, dass wir selber, jede und jeder von uns einen Beitrag dafür leisten kann, Umwelt und Natur zu schützen? Aber natürlich braucht es auch große, intensive politische Maßnahmen und dafür ist das Parlament genau der richtige Ort, das zu diskutieren.

Mecklenburg-Vorpommern ist gesegnet mit einer wunderbaren und unberührten Natur. Ich will in Erinnerung rufen, drei Nationalparks von 16 deutschlandweit, drei Biosphärenreservate von 16 deutschlandweit. Wir haben das sauberste Wasser, wir haben die sauberste Luft und den gesündesten Wald in Deutschland und das soll so bleiben – heute und in Zukunft.

„Es gibt nur dieses eine Land Mecklenburg-Vorpommern, es gibt nur diese eine Welt, die wir schützen müssen, bewahren müssen.“

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Minister Dr. Till Backhaus)

[...] Wir in Mecklenburg-Vorpommern können einen wichtigen Beitrag leisten. Und wir sind zum Beispiel Vorreiter in Deutschland beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

*(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das sind wir nicht mehr.)*

Schon jetzt erzeugen wir mehr erneuerbare Energien, als wir selber brauchen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wir verschenken das dann, genau, und dafür zahlen wir die höchsten Strompreise in der Welt.)

Wir erzeugen 173 Prozent des Bedarfes mit 2.000 Windkraftanlagen. Vor wenigen Wochen haben wir vor Rügen den größten Offshorewindpark in der Ostsee eröffnet. Ich sage hier ganz klar, wir schaffen es, unsere eigenen Bedarfe zu erzeugen, sogar mehr. Was wir jetzt brauchen in Deutschland, sind die Netzleitungen. Die Blockade, insbesondere im Süden, gegen den Netzausbau muss jetzt fallen und die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass wir auch die erneuerbaren Energien in ganz Deutschland nutzen können. Das muss das gemeinsame Ziel sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir haben eine energiepolitische Konzeption inklusive „Aktionsplan Klimaschutz“ erarbeitet, eine Landesenergie- und Klimaschutzagentur gegründet und [...] das Landesenergiezentrum in Neustrelitz, was eben auch gerade die Türen öffnet für junge Menschen, für Familien, sich diesem Thema zu widmen.

[...] Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, zum Schluss will ich sagen, unser Land ist ein Land zum Leben, ein Land zum Arbeiten, zum Leben und Urlaub machen. Die Menschen, die hier leben – und viele pendeln, weil sie hier auch nicht weg wollen –,

(Stephan J. Reuken, AfD: Leider kein Land für Familien, aber schade.)

leben vor allem hier, weil wir viel unberührte Natur haben. Wir haben oft zu leiden unter der Deindustrialisierung von Mecklenburg-Vorpommern und ganz Ostdeutschland, beim Thema „Umwelt und Natur“ ist es eher etwas Positives. Die Umfragen zeigen, dass die Menschen sich ganz beson-

ders wünschen, dass wir dieses Land, diese Umwelt, diese Natur erhalten für das heutige Leben, für die nachfolgenden Generationen. Da stehen wir ganz stark in der Pflicht.

Es gibt nur dieses eine Land Mecklenburg-Vorpommern, es gibt nur diese eine Welt, die wir schützen müssen, bewahren müssen. Deshalb ist es wichtig, dass wir eine Diskussion darüber führen, was können wir noch mehr dafür tun, um den jungen Generationen und den nachfolgenden Generationen auch dieses wunderbare Land gesund zu hinterlassen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Christoph Grimm, AfD-Fraktion:

„Menschen in M-V brauchen eine bessere und sozialere Umweltpolitik“

Foto: Uwe Sinnacker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Das Land, in dem wir gut und gerne leben, braucht natürlich eine Zukunft. Darin sind wir uns natürlich einig. Ob dafür allerdings nun ausgerechnet der Klimaschutz gestärkt werden muss, das halten wir von der AfD-Fraktion für eine ganz andere Frage.

(Thomas Krüger, SPD: Ach so!)

[...] Eine Bestandsaufnahme: Die Bürger unseres Landes zahlen bundesweit nach Schleswig-Holstein das zweithöchste Netzentgelt und die zweithöchsten Strompreise. Diejenigen, welche beim Einkommen unter den Bundesländern den letzten Platz belegen, müssen Preise auf Europa- und sogar Weltrekordniveau stemmen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Spitzenniveau.)

[...] Über 2.000 Windkraftanlagen stehen in diesem Land bereits zu Lande und zu Wasser. [...] Die dadurch erzeugte Verschandelung unserer schönen Landschaft [...] ist un-

übersehbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Windkraft in Mecklenburg-Vorpommern hat ein rasch zunehmendes Akzeptanzproblem. Überall dort, wo neue Eignungsgebiete ausgewiesen werden, schwindet der soziale und der politische Frieden und es erzeugt eine Spaltung der Gesellschaft. [...]

Die Energiewendepolitik von Angela Merkel,

*(Vincent Kokert, CDU: Uah, ich werd müde!
Das hat schon so einen langen Bart! –
Thomas Krüger, SPD: Was ist Ihre Alternative?)*

die von Ihnen, sehr geehrte LINKE, nicht infrage gestellt wird, hat der deutschen Volkswirtschaft schweren Schaden zugefügt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Sie werden den ungebremsten Ausbau erneuerbarer Energien ebenso fordern wie die Einführung der längst diskutierten CO₂-Steuer.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Über die Höhe eines künftigen CO₂-Preises kursieren unterschiedliche Vorstellungen. Sie reichen von 35 Euro bis 180 Euro pro Tonne CO₂. [...]

Wird eine Steuer von nur 40 Euro pro Tonne CO₂ eingeführt, so kommen 360 Euro im Jahr auf jeden Bundesbürger im Durchschnitt an Kosten hinzu. Bei 180 Euro pro Tonne CO₂ sind das schon 1.620 Euro je Bundesbürger im Durchschnitt pro Jahr. Diese müssen als Vorleistung erbracht werden. Das heißt, auf Strom, Mieten, Heizkosten, Tanken, Einkäufe im Supermarkt et cetera wird eine CO₂-Steuer umgelegt, die jeder direkt als Vorleistung bezahlen muss. [...]

„ Besser bedeutet in diesem Fall weniger Ideologie, aber auch mehr Rationalität, Gelassenheit, Wissenschaftlichkeit und vor allem ein international abgestimmtes Vorgehen. „

Unsere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern brauchen eine bessere und sozialere Umweltpolitik. Besser bedeutet in diesem Fall ...

*(Thomas Krüger, SPD: Wie sieht die aus?
Wir würden das gern mal von Ihnen hören.)*

Ja, hören Sie zu!
Besser bedeutet in diesem Fall weniger Ideologie, aber auch mehr Rationalität,

(Thomas Krüger, SPD: Ja, was heißt denn das?)

Gelassenheit, Wissenschaftlichkeit und vor allem ein international abgestimmtes Vorgehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:

Wissenschaftlichkeit – das sagen Sie?! –

Thomas Krüger, SPD:

Welche Energiepolitik wollen Sie? –

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:

Wissenschaftliche Erkenntnisse kann man nicht leugnen.)

Der Klimaschutz nach Art der etablierten Parteien ist aber von Emotionen und Hysterie geprägt.

(Thomas Krüger, SPD:

Ja und Ihre?! Keinerlei Aussage!)

[...] Und Sie, sehr geehrte LINKE, unterstützen diese Kinder auf ihren Freitagsdemonstrationen auch noch, aber nur durch Zuspruch und Lippenbekenntnisse. [...]

Eigentlich springen Sie doch nur auf einen Zug auf, der Ihnen schnell mehr politischen Erfolg bei der Jugend verspricht.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Die negativen Auswirkungen des EEG für unser Bundesland und die aufgezeigten desaströsen Folgen einer gestärkten Klimaschutzpolitik nehmen Sie dabei billigend in Kauf. Sie vollziehen dabei etwas, das Sie uns von der AfD immer gern vorwerfen: Populismus.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –

Thomas Krüger, SPD: Eigene Konzepte,

wir haben nichts gehört!)

Gedenkveranstaltung in Waren

Die vom Landtag beschlossene Gedenkveranstaltung „30 Jahre Friedliche Revolution 1989“ findet am Mittwoch, den 16. Oktober, in Waren statt.

Beginn der Veranstaltung ist um 16 Uhr auf dem Neuen Markt mit anschließendem Gottesdienst in der Kirche St. Georgen und einem Festakt gegen 18.30 Uhr in der Kirche St. Marien.

Aufgrund der Veranstaltung kommen die Landtagsabgeordneten zur nächsten Landtagssitzung am Donnerstag, den 17. und 18. Oktober, zusammen.

Dietmar Eifler, CDU-Fraktion:

„Wir sind keine Verbotspartei“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin!

[...] „Land zum Leben braucht Zukunft – Klimaschutz stärken“. Für meine Fraktion bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie das Thema heute zur Aktuellen Stunde aufrufen.

Mecklenburg-Vorpommern ist in der Tat ein Land zum Leben, [...] mit seiner Vielfalt, seiner Naturbelassenheit [...].

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land zum Leben mit seiner Wirtschaft, [...] seinem leistungsstarken modernen Handwerk [...].

Mecklenburg-Vorpommern, das Land zum Leben, hierzu gehört eine hervorragende Infrastruktur mit einem guten Investitionsklima, die unmittelbare Nähe zu Forschung und Wissenschaft [...]. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land zum Leben für die Menschen aller Altersgruppen [...].

Und dennoch gibt es noch sehr viel zu tun, um Menschen davon zu überzeugen, nicht aus Mecklenburg-Vorpommern wegzuziehen, und auch Menschen davon zu überzeugen, nach Mecklenburg-Vorpommern zu kommen, um zu leben, um zu arbeiten, [...].

„ Wir sind der Auffassung, dass Klima- und Umweltschutz nicht nur ordnungsrechtlich beziehungsweise gesetzlich umgesetzt werden kann, sondern ganz klar gelebt werden muss. “

Doch die Sicht der Fraktion DIE LINKE ist verengt und beschränkt sich nahezu allein auf die Frage des Klimaschutzes. Arbeit, Einkommen, Bildung, Mobilität, demografischer Wandel, Versorgung, wirtschaftliche Entwicklung, Teilhabe am sozialen Leben und gleichwertige Lebensbedingungen

auf dem Lande werden durch die Worte „Klimaschutz stärken“ ausgeblendet.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:

Also wissen Sie, was ist denn das für ein Unsinn, Herr Eifler?!)

Dies sind aber gleichermaßen beim Klimaschutz brennende Themen, [...] auch sie werden die Zukunft in unserem Land maßgeblich beeinflussen.

[...] aktuelle Umfragen haben ergeben, dass nahezu 48 Prozent der Deutschen der Auffassung sind, dass der Klimawandel eines der drängendsten Probleme ist. Und auch die jungen Menschen, wo ich respektvoll anerkenne, dass sie auf die Straße gegangen sind und zum Ausdruck gebracht haben, dass sie sich Sorgen machen um ihre Zukunft, diese Sorgen gilt es ernst zu nehmen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen.

[...] Auch wenn die Debatte zum Klimawandel derzeit intensiv geführt wird, ist Klimaschutz doch nichts Neues.

[...] sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, da stimmen Sie mir doch sicherlich zu, dass der Klimaschutz auch ein immerfort [...] aktuelles Thema ist.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, selbstverständlich!)

Deshalb ist eine seriöse Politik, die auf Fakten basiert, notwendig, um die richtigen Schritte einzuleiten.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Richtig!)

[...] es ist [...] wissenschaftlich festgestellt, dass der Anteil, der durch Menschen beeinflusst wird, tatsächlich verantwortlich dafür ist, dass der CO₂-Gehalt in der Erdatmosphäre in den zurückliegenden Jahren angestiegen ist [...].

[...] Aus diesem Grunde wollen wir weitere Anpassungsstrategien entwickeln, um die Risiken für Leben und Gesundheit der Menschen, für Umwelt, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung zu minimieren.

[...] Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die von der Bundesregierung eingegangene Verpflichtung zum Schutz des Klimas [...]. Hierzu zählt auch, dass Deutschland bis 2050 das Ziel der Klimaneutralität erreicht.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

[...] Bis 2038 soll aus der Kohleverstromung in Deutschland ausgestiegen [...] werden.

[...] Um den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden, hat bereits die CDU-geführte Landesregierung im Jahre 1997 das erste Klimaschutzkonzept [...] beschlossen. [...] Ziel war, den Klimaschutz [...] durch Anreize und Förderung und nicht nur durch Ordnungsrecht umzusetzen. [...] wir sind keine Verbotsparterie.

[...] Wir ziehen also Anreize in Förderprogrammen ordnungsrechtlichen Maßnahmen vor. [...] So können schon heute verschiedenste Akteure über zahlreiche Richtlinien bei der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten unterstützt werden. [...]

Wir sind der Auffassung, dass Klima- und Umweltschutz nicht nur ordnungsrechtlich beziehungsweise gesetzlich umgesetzt werden kann, sondern ganz klar gelebt werden muss. [...]

Ralf Borschke, Fraktion Freie Wähler/BMV:

„Klimaschutz ist Umwelt- und Tierschutz“



Foto: Uwe Sinnecker

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! [...]

In drei Minuten kann ich dieses Thema hier nicht ordentlich abarbeiten.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Ich verweise deswegen auf meinen Antrag [...] zum Thema „Forschung fördern“.

(Torsten Renz, CDU: Ja, komme ich und bin ich da.)

Aber ich möchte auf eins hinweisen, wir, die Fraktion Freie Wähler/BMV, sind keine Verbotsfraktion.

(Vincent Kokert, CDU: Oh! – Torsten Renz, CDU: Aha!)

Meine Damen und Herren, auch der Klimaschutz hat letztendlich die Aufgabe, er muss den Menschen, unserer Umwelt und der Natur dienen. Er darf sich nicht gegen die Menschen und die Natur richten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und Freie Wähler/BMV – Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr richtig! – Thomas Krüger, SPD: Tut er das denn?)

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist Umwelt- und Tierschutz, [...] geboren aus unserem christlichen Menschenbild und unserem christlichen Verständnis.

(Manfred Dachner, SPD: Sehr gut!)

Daher kann der Schutz unserer Umwelt nur ideologiefrei erfolgreich sein.

(Manfred Dachner, SPD: Ja.)

Mathias Brodkorb, SPD-Fraktion:

„Es geht darum,
den Planeten zu erhalten“



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

[...] das Thema „Klima- und Umweltschutz“ hat die Volksparteien, so konnte man bei der Europawahl sehen, doch stark in Mitleidenschaft gezogen. Es ist offenbar ein Thema, das die Menschen sehr bewegt, aus welchen Motiven auch immer. [...]

(Vincent Kokert, CDU: Was haben die Freien Wähler noch plakatiert? Stand da nicht Klimaschutz drauf?)

[...] Und genau deshalb, Herr Borschke und Kollegen von der AfD, kann ich Ihre Argumentation nicht so richtig verstehen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das haben wir schon gemerkt.)

Ich habe bisher immer gedacht.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Lesen bildet.)

Sie empfinden sich als Heimatpartei, und zur Heimat gehört ja die Umwelt und die Natur dazu. Also jemand, der sich als eine Heimatschutzpartei interpretiert, müsste mit der Fahne vor-

neweglaufen, wenn es um das Thema Umweltschutz geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wenn es denn so ist, dass unser Lebenswandel auf diesem Planeten Spuren hinterlässt und auch vielleicht für andere Konsequenzen hat – das kann man bei verschiedenen Dingen sehen, ich glaube, das müssen wir nicht bestreiten, dass diese Welt in einer globalisierten Form Konsequenzen hat, oder auch unser Lebenswandel der westlichen Welt –, dann müsste es umso mehr in Ihrem politischen Eigeninteresse sein, dort ein vernünftiges Konzept zu erstellen, weil wenn es einen Einfluss des menschlichen Handelns auf Umwelt und Klima gibt und das Folgen hat für die Lebensbedingungen auf anderen Teilen dieser Erde, dann wird das Konsequenzen haben, und zwar Konsequenzen, die Sie eigentlich nicht wollen, nämlich Migration.

Das heißt, wenn wir aus verschiedenen Gründen wahrscheinlich aber ein Interesse daran haben, dass die Lebensgrundlagen von Menschen in anderen Teilen der Welt erhalten bleiben, dann müssten auch Sie aus diesem zweiten Grund, auch wenn Sie es gar nicht wollen, beim Thema Umweltschutz mit der Fahne ganz vorneweg marschieren.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Stephan J. Reuken, AfD:*

Es gibt immer einen Punkt, wo man über das Ziel hinausgeschossen ist. Das ist das Problem.)

Ich werde das Argument aber nicht allzu oft bringen, weil ich Sie nicht politisch beraten möchte.

„ Seien Sie doch bereit dazu, dass wir
gemeinsam Verantwortung für unser
Handeln und mögliche Konsequenzen
für andere Menschen tragen! „

(Stephan J. Reuken, AfD:

Wir schießen über das Ziel hinaus.)

[...] Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist Ihre Argumentation so:

Erstens, der Klimawandel oder auch die CO₂-Emissionen stehen nicht im Zusammenhang mit menschlichem Wirken.

*(Christoph Grimm, AfD: Nein,
das ist falsch, das ist völlig falsch.)*

[...] Die zweite, die man dann, wenn man das für falsch hält, Herr Grimm – ich arbeite mich ja langsam vor, wir arbeiten das systematisch ab –,

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Christoph Grimm, AfD)*

die zweite ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ihm fremd. Das ist ihm fremd.)

es gibt zwar einen anthropogen verursachten Anstieg des CO₂, aber der Anteil ist nicht ganz so groß.
Die dritte These ist sogar, es gibt zwar einen Anstieg des CO₂, der hat aber mit dem Klimawandel nichts zu tun.

(Christoph Grimm, AfD: Das ist nicht bewiesen.)

[...] Jetzt haben Sie bei Folgendem recht: Es gibt Wissenschaftler, die das alles bestreiten. Richtig ist aber auch, dass eine überwältigende Mehrheit der Wissenschaftler es anders sieht.

*(Christoph Grimm, AfD: Das ist falsch. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)*

Jetzt kann man dagegen argumentieren und sagen, Wissenschaft ist keine Demokratie, auch die Mehrheit kann sich irren.

(Dr. Gunter Jess, AfD: Genau.)

[...] Ich würde trotzdem Folgendes sagen: Aufgrund der grundsätzlichen Irrtumsmöglichkeit eines Menschen ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Mehrheit der Wissenschaftler Recht hat, grundsätzlich größer, als dass die Minderheit der Wissenschaftler Recht hat.

*(Beifall und Heiterkeit vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)*

Noch mal, das ist nicht zwingend, in der Geschichte der Menschheit war es auch schon anders. [...]

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

aber die Wahrscheinlichkeit ist trotzdem höher. Auch aus diesem Grund würde ich Ihnen raten, über Ihre Abweisu-
ngsthese noch mal nachzudenken.

Jetzt komme ich zu den zwei Prozent. Ihr Argument ist, das sind ja bloß zwei Prozent, für die Deutschland verantwortlich ist. Selbst, wenn wir es auf null fahren, ändert das gar nichts.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

[...] Umwelt-, Klima- und Heimatschutz, Herr Förster, das ist ein Thema, das mit Gemeinwohl und Ethik und nicht eigenen egoistischen Interessen zu tun hat.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Andreas Butzki, SPD: Jawoll!)*

Es geht darum, [...]

*(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Das machen
Sie doch nicht! Sie handeln ideologisch!)*

den Planeten zu erhalten, auch für die Nachkommen, die wir gar nicht mehr kennen lernen werden, und gegebenenfalls auch heute auf etwas zu verzichten, damit es anderen später auch noch gut geht. Jetzt müssen Sie sich bloß entscheiden, ob Sie bereit sind, gemeinwohlorientiert und ethisch fundiert zu handeln und zu denken, oder nicht, weil, wenn Sie das tun, können Sie mit dem 2-Prozent-Argument nicht mehr kommen.

[...] Und das ist so ein bisschen das Niveau der Argumentation, wenn man sagt, also wir machen doch bloß zwei Prozent, da können wir doch weiter den Planeten zugrunde richten, das nutzt doch gar nichts. Also da katapultieren Sie sich raus aus der Ethik. Das ist eine Ad-hoc-Hypothese, ein Schutzargument, um sagen zu können, wir brauchen nichts zu tun, ist eh alles sinnlos.

Also lange Rede kurzer Sinn: ...

(Horst Förster, AfD: Verantwortung!)

Ja, eben, Verantwortung!

(Horst Förster, AfD: Die Auswirkungen zu sehen!)

Übernehmen Sie doch Verantwortung oder seien Sie doch bereit dazu, dass wir gemeinsam Verantwortung für unser Handeln und mögliche Konsequenzen für andere Menschen tragen!

(Dr. Gunter Jess, AfD: Aber das machen wir doch schon!)

[...] Gute Umweltpolitik, Herr Förster, ist Heimatschutz. Und deswegen, jeder, der sich zu dieser Heimat bekennt und ein bisschen moralisches Bewusstsein hat, muss sich eigentlich dafür aussprechen, dass wir sorgsam mit unseren Lebensgrundlagen und denen anderer Menschen umgehen.

Und ich möchte dieses Motiv mit dem berühmten deutschen Philosophen – ich möchte ein Zitat bringen –, mit dem berühmten deutschen Philosophen und Erfinder des kommunistischen Kängurus Marc-Uwe Kling beschließen, Zitat: „Ja, wir könnten jetzt was gegen den Klimawandel tun, aber wenn wir dann in 50 Jahren feststellen würden, dass sich alle Wissenschaftler doch vertan haben und es gar keine Klimaerwärmung gibt, dann hätten wir völlig ohne Grund dafür gesorgt, dass man selbst in den Städten die Luft wieder atmen kann, dass die Flüsse nicht mehr giftig sind, dass Autos weder Krach machen noch stinken und dass wir nicht mehr abhängig sind von Diktatoren und deren Ölvorkommen. Da würden wir uns“ aber ganz „schön ärgern.“ – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

*(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)*

Die vollständigen Reden finden Sie im Plenarprotokoll der 67. Landtagssitzung unter www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html, oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de.



Das Sicherheits- und Ordnungsgesetz war Mitte Juni auch Anlass zu einer Demonstration vor dem Schweriner Schloss.

Mehr Befugnisse für Polizei

Neues Sicherheits- und Ordnungsgesetz soll digitale Ermittlungen erleichtern

■ 279 Seiten und 0,7 Kilo – der Gesetzentwurf zum neuen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) ist ein Schwergewicht. Seine Änderungen sollen der Polizei in M-V mehr Befugnisse geben, insbesondere im Bereich des Internets. Im öffentlichen und kontrovers diskutierten Fokus stehen dabei vor allem zwei Aspekte: Online-Durchsuchungen und das Lesen verschlüsselter Nachrichten. Die Landesregierung hat den Gesetzentwurf vor der Sommerpause zur ersten Lesung in den Landtag eingebracht. In der Opposition gehen die Meinungen zu den Vorschlägen auseinander.

Ob Terrorismus, Cybercrime, Extremismus, organisierte Kriminalität oder Clan-Kriminalität – das Internet verschaffe Kriminellen und Terroristen völlig neue Möglichkeiten für ihre Machenschaften. Darauf müsse die Polizei reagieren können, sagte Innenminister **Lorenz Caffier**. Ihm sei bewusst, dass Sicherheitsgesetze „ein sehr, sehr sensibler Bereich sind“ und stets im Spannungsfeld von öffentlicher Sicherheit und bürgerlichen Freiheitsrechten stünden. Er sei jedoch

überzeugt, mit dem Gesetzentwurf einen gelungenen Spagat vorzulegen. Je tiefer in bürgerliche Freiheitsrechte eingegriffen werden könne, desto restriktiver seien die Voraussetzungen dafür. „Eine flächendeckende oder anlasslose Einschränkung von Freiheitsrechten ist vollständig ausgeschlossen.“ Ohne Online-Durchsuchungen und Quellen-Telkommunikationsüberwachung würde der Kampf gegen Kinderpornografie, Terrorismus oder Extremismus erheb-

lich eingeschränkt. Vergleiche mit der Stasi bezeichnete er als dreist. „Das ist Geschichtsklitterung und Relativierung von Unrecht.“

Nikolaus Kramer, Fraktionsvorsitzender der AfD, begrüßte es, Polizisten mehr Befugnisse einzuräumen. Wer sich gegen Terrorgefahr, Clan-Kriminalität, Prepper-Strukturen und Zuwandererkriminalität wappnen wolle, brauche eine Polizei, die mit zeitgemäßen Eingriffsermächtigungen ausgestattet sei. „Ein gutes neues Sicherheitsgesetz muss die Bürger vor den aktuellen Bedrohungen unserer Freiheit schützen.“ Er bezweifelte jedoch, dass dies mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gelingen werde. Dazu müsste er seiner Meinung nach verschärft werden, etwa um eine Präventivhaft für terroristische Gefährder. „Während Bundesländer wie Bayern und Niedersachsen hierzu bereits Fakten geschaffen haben, macht sich unser Innenminister unnötig klein.“ Er warb darum, neue Gefahrenabwehrbefugnisse nicht zu verteufeln, sondern zum Schutz aller zu verstehen. „Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem das Vertrauen in die Arbeit der

Sicherheitsbehörden etwas Selbstverständliches ist.“

Sich im Zeitalter vernetzter Systeme Sorgen um Überwachungen zu machen, sei berechtigt, betonte **Martina Tegtmeyer** (SPD). Ihre Fraktion sei deshalb sehr darauf bedacht, das Sicherheits- und Ordnungsgesetz mit einer optimalen Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu beschließen. „Freiheitsrechte dürfen nur dort eingeschränkt werden, wo es für die Gefahrenabwehr zwingend erforderlich und aufgrund der Schwere der Straftatbestände verfassungsrechtlich zulässig ist.“ Jede Einschränkung sei an besondere Voraussetzungen und Schutzmaßnahmen wie Richtervorbehalte geknüpft. Ziel der Befugnisweiterung sei nicht, „der Polizei die maximale Anzahl an Instrumenten an die Hand zu geben“, sondern rechtssichere und wirksame Werkzeuge, mit denen sie in Zeiten fortschreitender Digitalisierung auf der Höhe der Zeit agieren könne. „Im Gegensatz zu Polizeigesetzen anderer Länder finden sich die dort vielfach kritisierten Regelungen zum Einsatz automatisierter Gesichtserkennung im öffentlichen Raum oder die Erweiterung der Dauer des polizeilichen Gewahrsams nicht im Gesetzentwurf. Die Eingriffsschwellen wurden auch nicht herabgesetzt.“

Peter Ritter (DIE LINKE) warf der Landesregierung vor, die Polizeibefugnisse auf Kosten der Grundrechte zu erweitern. Online-Durchsuchungen und den Einsatz von Staatstrojanern präventiv zulassen zu wollen, sei indiskutabel. Derart tiefe Eingriffe in die Intimsphäre riefen zu Recht Proteste und Warnungen vor einem Überwachungsstaat hervor. Er bezweifelte, dass die aktuelle Sicherheitslage tatsächlich weitere Befugnisse rechtfertige. Die Kriminalitätsstatistik weise einen Rückgang von Straftaten und steigende Aufklärungsquoten aus. „Das spricht möglicherweise für gute Polizeiarbeit, aber keineswegs für ausufernde polizeiliche Befugnisse.“ Bei den Regelungen zum Zeugnisverweigerungsrecht sieht er zudem die Berufsgeheimnisse von Journalisten nicht mehr ausreichend gewahrt. „Diese Gefahr müssen wir ausräumen.“ Für die Bürgerinnen und Bürger müsse überdies ganz klar aus dem Gesetz hervorgehen, welches Verhalten

sie ins Visier der Behörden bringe. „Da bleibt der Gesetzentwurf meilenweit hinter dem eigenen Anspruch zurück.“

„279 Seiten Neuausfertigung – das beeindruckt erst einmal und macht natürlich auch skeptisch hinsichtlich neuer Formulierungen“, räumte **Ann Christin von Allwörden** (CDU) ein. Den Untergang des Abendlandes müsse aber niemand befürchten. „Das Gesetz, so wie es vor Ihnen liegt, räumt den Polizisten keine unverhältnismäßigen Eingriffsrechte ein.“ Vielmehr bilde es die Grundlage für deren tägliche Arbeit. „Es ist also sehr wichtig, in diesem Gesetz genau aufzuführen, was Polizisten dürfen, wo sie vorher die Zustimmung eines Richters benötigen und wen sie wann über Ermittlungen zu informieren haben.“ Wer sich vor Terrorismus und Internetkriminalität schützen wolle, müsse mit technischen Fortschritten mithalten können und der Polizei entsprechende Handlungsmöglichkeiten geben. Niemand müsse sich sorgen, durch einen flüchtigen Kontakt zu einer Zielperson ins Visier der Polizei zu geraten. „Es bedarf konkreter Anhaltspunkte, dass der Kontakt einen Bezug zum Ermittlungsziel hat.“ Dieser Punkt sei damit viel strenger formuliert als bisher. „Nicht Ausweitung, sondern Beschränkung ist hier das Wort, das greift.“

Dr. Matthias Manthei (Freie Wähler/BMV) befürwortete den Gesetzentwurf. Festplatten zu kopieren, Keylogger [Tasten-Protokollierer] einzusetzen oder Daten vor der Verschlüsselung auszuwerten, sei eine logische und zeitgemäße Anpassung von Befugnissen. Es sei nicht nachvollziehbar, dass Telefonate zur Gefahrenabwehr abgehört werden dürften, aber andere gängige Kommunikationsformen wie WhatsApp-Protokolle vor Zugriffen geschützt blieben. Hier Änderungen vorzunehmen, sei eine folgerichtige Entscheidung. „Gefährdungen zu reduzieren oder bestenfalls gänzlich zu vermeiden, ist von größter Bedeutung für die Sicherheit der Bevölkerung.“ An manchen Stellen lasse der Gesetzentwurf allerdings viel Spielraum für Interpretationen, zum Beispiel bei der Erfassung von Kfz-Kennzeichen. Hier sehe seine Fraktion noch Klärungsbedarf im Ausschuss.

Der Gesetzentwurf wurde nach der ersten Lesung einstimmig zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/3694*

Hintergrund:

In der Debatte zum neuen Sicherheits- und Ordnungsgesetz stehen die geplanten Online-Durchsuchungen und das Abgreifen von Daten vor ihrer Verschlüsselung klar im öffentlichen Fokus. Der Gesetzentwurf sieht aber noch weitere Anpassungen vor. Zum Beispiel:

- Der finale Rettungsschuss wird als klarstellende Regelung in das SOG aufgenommen. Er ist bisher auch schon möglich, aber nicht explizit gesetzlich festgehalten.
- Security-Personal bei Großveranstaltungen soll regelmäßig einer Zuverlässigkeitsprüfung unterzogen werden.
- In polizeilichen Räumen, die für die Gewahrsamnahme genutzt werden, wird Videoüberwachung erlaubt.
- Um Straftaten zu verhindern oder Vermisste zu suchen, darf die Landespolizei auch Drohnen einsetzen.
- Der Katalog der Straftaten von erheblicher Bedeutung wird unter anderem um Terrorismusfinanzierung, die Verbreitung von Kinderpornografie und das Einschleusen von Ausländern erweitert.
- Mit richterlicher Zustimmung darf eine Person zur gezielten Kontrolle ausgeschrieben werden. Kommt diese Person zum Beispiel in eine allgemeine Verkehrskontrolle, darf die Polizei offen weitere Kontrollen von Person, Fahrzeug und Sachen vornehmen.

Quelle: Innenministerium

Polizeiskandale im Visier

Landtag fordert umfassende Aufklärung /
Innenminister kündigt externe Untersuchung beim SEK an

■ Freitag, 21. Juni, 15.25 Uhr. Der vorletzte Tagesordnungspunkt vor der Sommerpause steht an und füllt die Besuchertribüne mit leitenden Polizeibeamten. Weiße Hemden, dunkle Hosen; sie sind unübersehbar. Und hier, weil die Landespolizei gleich im Mittelpunkt der Debatte stehen wird. Es geht um Skandale, Aufklärung. Vertrauen. Datenmissbrauch, sexuelle Avancen gegenüber Minderjährigen, Munitionsdiebstahl, Verbindungen in die rechtsextreme Szene, Festnahmen beim Spezialeinsatzkommando (SEK) – die Vorwürfe gegen einzelne Beamte machten bundesweit Schlagzeilen. Nun werden die Vorfälle per Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE als Aussprache auf der politischen Bühne debattiert.

Um die Sicherheitspolitik und die Landespolizei in M-V steht es nach Auffassung von **Peter Ritter** (DIE LINKE) derzeit nicht zum Besten. „Es geht um handfeste Befürchtungen, dass sich seit Jahren in einzelnen Teilen der Landespolizei ein Staat im Staat entwickeln konnte.“ Die jetzt bekannt gewordenen Vorwürfe gegen SEK-Beamte zeigten, dass das Problem um das rechte Netzwerk „Nordkreuz“ viel größer sei, als bisher angenommen. Er frage sich, ob der Innenminister „seinen Laden noch im Griff habe“. Die Informationspolitik des Ministeriums bezeichnete er als katastrophal. „Es wird relativiert, geschwiegen oder geleugnet.“ Das verspiele eine Menge Vertrauen in die Sicherheitsbehörden. „Geheime Munitions- und Waffendepots in den Händen aktiver

und ehemaliger Elitepolizisten sind eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und eine handfeste Gefahr für unsere Verfassung und Rechtsordnung.“ Er erwarte, dass der Innenminister unverzüglich für rückhaltlose Aufklärung Sorge. „Wenn Sie dazu nicht willens oder in der Lage sind, machen Sie den Weg dafür frei!“

Innenminister **Lorenz Caffier** bezeichnete die Vorkommnisse als beschämend. „Ich entschuldige mich auch im Namen der Landespolizei für diese Vorfälle.“ Die beschuldigten Beamten hätten den Rechtsstaat und das Vertrauen der Bevölkerung mit Füßen getreten. Parlament und Öffentlichkeit hätten berechtigte Fragen und auch ein Recht auf Antworten. Diese zu geben, sei jedoch

nicht so einfach: Die Ermittlungen und Informationshoheit lägen beim Generalbundesanwalt. Caffier erklärte, dass der größte Teil der sichergestellten Munition keinen behördlichen Ursprung habe. Woher der Rest stamme, müsse noch abschließend untersucht werden. Er kündigte über die betroffenen Beamten hinaus strukturelle und personelle Konsequenzen an. In einer ersten Sofortmaßnahme sei das Schießen der Spezialeinheiten viel bürokratischer und die Zusammenarbeit mit dem Schießplatz Güstrow beendet worden. Darüber hinaus soll die Tätigkeit beim SEK auf zehn Jahre beschränkt und jeder Landespolizei-Bewerber noch genauer unter die Lupe genommen werden. „Dazu gehört auch eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz.“ Zudem seien bereits drei externe Berater damit beauftragt, zu ermitteln, ob Angehörige der Spezialeinheiten rechtsextremistischen Gruppierungen, der Reichsbürgerszene oder dem Prepper-Milieu angehören. „Wir wollen und werden rechtsextremistische Tendenzen, Strukturen oder Netzwerke in unserer Polizei nicht dulden.“ Seiner Überzeugung nach werde die Landespolizei gestärkt aus diesem Aufarbeitungsprozess hervorgehen.

Horst Förster (AfD) warnte davor, aus Vermutungen voreilige Schlüsse zu ziehen und Polizisten „an den Pranger zu stellen“. Vom Vorwurf des sexuellen Missbrauchs gegen zwei Polizisten sei am Ende eine Datenschutzverletzung wegen Kontaktaufnahme übrig geblieben. Das dürfe keineswegs bagatellisiert werden, habe aber ein völlig anderes Gewicht. In Bezug auf die Vorfälle beim SEK dränge sich ihm der Verdacht auf, dass DIE LINKE mobil gegen Innenminister Caffier mache. „Wir haben keinen Grund dem Minister mangelnden Aufklärungswillen zu unterstellen.“ Er befürchte vielmehr, dass es „in der Stunde der Aufgeregtheit“ zu undurchdachten Reaktionen komme, so Förster. Die Tätigkeit beim SEK zeitlich zu begrenzen,

Foto: Landtag M-V



Die Tribünen waren zur Debatte über die Vorfälle bei der Polizei gut gefüllt.

würde durch ständige Umstrukturierungen die Schlagkraft der Truppe schwächen, aber kein „falsches Elitebewusstsein“ verhindern. „Das hat nichts mit der Frage des Dabeiseins zu tun. Das ist eine Frage der Haltung, die nach einem Jahr genauso gut oder falsch sein oder gar pervertieren kann, wie nach zehn Jahren.“

„Wir haben es hier mit sehr, sehr ernsten Vorgängen zu tun“, betonte SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger**. „Hier haben sich Polizeibeamte, die in ihrem Dienst geschworen haben, das Grundgesetz, die Landesverfassung und alle Gesetze zu schützen, gegen den Staat verschworen.“ Von ihnen führe der Weg zu Waffen, Munition, Listen mit politischen Gegnern bis hin zur „Nordkreuz“-Prepper-Gruppe. Vor diesem Hintergrund stellten sich ihm noch viele Fragen: Stecken noch mehr Beamte dahinter? Wofür brauchten sie die Waffen? Warum führen sie Politiker auf Listen? Das müsse jetzt lückenlos aufgeklärt werden. Ein falsch verstandener Korpsgeist sei zu überwinden. Am Ende gehe es darum, dass sich Polizistinnen und Polizisten damit selbst schützten. „Schwarze Schafe dürfen niemals von der Herde geschützt werden.“ Er appel-

lierte aber auch daran, die Taten Einzelner nicht der Polizei als Ganzes anzulasten. „Die allermeisten Polizistinnen und Polizisten leisten eine hervorragende Arbeit.“ Diesem Ansehen hätten die jüngsten Vorfälle schweren Schaden zugefügt.

Dr. Matthias Manthei (Freie Wähler/BMV) warb gleichfalls um eine differenzierte Betrachtung der Polizei. Aus den Verfehlungen Einzelner ein systematisches Problem abzuleiten, vorverurteile auch diejenigen, die ihren Dienst ordnungsgemäß verrichteten. Das sei nicht angebracht. Die im Raum stehenden Vorwürfe dürften jedoch keineswegs bagatellisiert werden. „Die Bürger dieses Landes müssen in die Organe des Staates Vertrauen haben können.“ Jetzt sei die Justiz gefragt, die Sachverhalte gründlich zu untersuchen. „Die Ermittlungsbehörden müssen jetzt in Ruhe arbeiten können.“ Auch er bemängelte die Informationspolitik der Landesregierung gegenüber dem Landtag. „Wir als Innenpolitiker haben immer wieder scheinbarweise und sehr unsystematisch Auskünfte erhalten, mussten immer wieder nachfragen und selbst dann haben wir nur lückenhafte Informationen bekommen.“

Ann Christin von Allwörden (CDU) bedauerte, wie sehr die Vorfälle auf die gesamte Landespolizei ausstrahlen. „Meine Fraktion stellt sich deshalb schützend vor jeden einzelnen Polizeibeamten, der tagtäglich gewissenhaft aus persönlicher Überzeugung und im Sinne unseres Grundgesetzes seine Arbeit verrichtet.“ Ein wesentlicher Punkt für sie sei, dass die Ermittlungen aus den eigenen Reihen angestoßen worden seien. „Das ist ein Zeichen nach außen, ein Zeichen an die Bevölkerung, an die Politik und auch ein Zeichen an die eigenen Reihen: So etwas nicht mit uns Polizisten!“ Kritik an der Informationspolitik wies sie zurück. „Das Innenministerium hat ausführlich über den Sach- und Ermittlungsstand aller Fälle von sich aus berichtet.“ Dabei habe sich auch gezeigt, dass noch gar nicht feststehe, ob und wenn ja, wie viel Munition aus hiesigen Polizeibeständen beiseite geschafft worden sei. Dass Menschen sich falsch verhielten, werde sich nie gänzlich verhindern lassen. „Wir können nur aus den Vorkommnissen lernen und versuchen, im Suchen nach Nachwuchspolizeikräften noch besser zu werden.“

Keine Rückkehrprämie für Ärzte

Landtagsmehrheit spricht sich gegen weitere finanzielle Anreize aus

■ Mecklenburg-Vorpommern sucht händeringend Ärzte, insbesondere im ländlichen Raum. Ins Ausland abgewanderten Medizinerinnen mit einer Prämie Anreize für eine Rückkehr zu schaffen, ist für den Landtag dabei keine Option: Das Plenum stimmte mehrheitlich gegen den Vorschlag der AfD, rückkehrwilligen deutschen Ärzten 50.000 Euro zu zahlen, wenn sie sich in medizinisch unterversorgten Umgebungen des Landes niederlassen.



Foto: Jens Büttner

Der 74 Jahre alte Landarzt Lothar Kruse bei einem Hausbesuch.

„Nicht nur die Zahl der Ärzte auf dem Land ist knapp. Auch der Altersdurchschnitt der noch tätigen Ärzte steigt“, sagte **Dr. Gunter Jess** (AfD). Etwa 43 Prozent der niedergelassenen Hausärzte erreichen laut Ärztekammer 2020 das Rentenalter. „Unser Antrag soll ein

weiterer Baustein sein, um zur Lösung des Problems beizutragen.“ Deutschland verliere jährlich viele Mediziner, die aufgrund besserer Arbeitsbedingungen und Gehälter ins Ausland gingen. Im Jahr 2015 seien 1250 deutsche Ärzte ausgewandert. Hierzulande eine Praxis

zu übernehmen, koste im Schnitt 81.000 Euro. Eine Rückkehrprämie von 50.000 Euro sei dafür ein guter Grundstock. „Wir meinen, dass man rückkehrwillige Ärzte auf diese Weise nach M-V holen kann“, so Jess. Das sei nach dem Dafürhalten seiner Fraktion in jedem Fall sinnvoller, als „ausländische Ärzte mit begrenzten Deutschkenntnissen und unklaren Ausbildungsstandards“ anzuwerben.

Gesundheitsminister **Harry Glawe** erwiderte, das Geld liege schon auf dem Tisch. Wer sich als Landarzt niederlassen möchte, könne von der Kassenärztlichen Vereinigung bereits einen Zuschuss von bis zu 50.000 Euro erhalten. „Jeder, der will, kann davon Gebrauch machen.“ Hinzu kämen zahlreiche andere Förderprogramme. So unterstütze das Land Medizinstudenten, die sich verpflichteten, nach dem Studium im ländlichen Raum zu arbeiten, mit monatlich 300 Euro. Von 72 Stipendien seien bislang 37 vergeben. Wer sein praktisches Jahr in einer ländlichen Region absolviere, erhalte ebenfalls Zuschüsse. Auch Medizinische Versorgungszentren, Arzthäuser und Praxen in unterversorgten Regionen könnten Förderungen beantragen. „Ich denke, dass wir gute Ansätze haben“, die – das räumte der Minister ein – allerdings noch bekannter gemacht werden müssten. Wer als Arzt im Ausland bis zu 50 Prozent mehr verdiene als in Deutschland, werde jedoch ungeachtet aller Fördermöglichkeiten nur schwer zurückzugewinnen sein.

Mit Geldscheinen zu winken, greift nach Ansicht von **Torsten Koplín** (DIE LINKE) zu kurz und ändere nichts an den Ursachen für die Abwanderung. „Warum sollten Ärzte zurückkommen in die gleichen Bedingungen, die sie vorher zu beklagen hatten? Und wenn sie zurückkommen, ist die Frage: Bekommen sie in der gewünschten Region überhaupt eine Niederlassung?“ Wer Deutschland verlassen habe, um anderswo mehr zu verdienen, sei der Definition nach ein Wirtschaftsflüchtling. „Dass Sie sich noch mal für Wirtschaftsflüchtlinge einsetzen, ist hier interessant“, hielt er der AfD entgegen. Er warb darum, dem Ärztemangel mit mehr Studienplätzen und besseren Arbeitsbedingungen entgegenzutreten und bei der Bedarfsplanung für ärztliche Versorgungsgebiete statistische Werte

und Lebenswirklichkeiten besser in Einklang zu bringen. „Auch dafür tragen wir eine gewisse politische Verantwortung.“

Julian Barlen (SPD) sprach von „populistischer Verblendung“. Mit den bereits bestehenden Fördermodellen könnten Ärzte 50.000 Euro von der Kassenärztlichen Vereinigung und weitere 60.000 Euro vom Land erhalten. „Das ist ein ganz handfester materieller Ansatz, den Sie jetzt, wenn man es böse spricht, zurückschrauben wollen auf einzig und allein 50.000 Euro.“ Wenn es der AfD wirklich darum gehen würde, etwas gegen den Ärztemangel zu tun, würde sie die Rückkehrprämie auch nicht auf deutsche Ärzte beschränken. „In erster Linie wollen die Patientinnen und Patienten in unserem Bundesland eine gute und fachliche Versorgung haben.“ Die Nationalität der Mediziner sei dabei zweitrangig. Solch ein holzschnittartiger Fokus werde dem Thema nicht gerecht. Gefragt sei vielmehr ein Gesamtplan, der die beruflichen und sozialen Rahmenbedingungen für Ärzte in ländlichen Regionen verbessere und einen Paradigmenwechsel beim Mengenwettbewerb in der ärztlichen Versorgung herbeiführe.

Bernhard Wildt, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler/BMV bemängelte, dass die AfD die Rückkehrprämie nicht an konkrete Förderkriterien geknüpft habe. Einfach nur mit 50.000 Euro zu wedeln, reiche nicht aus. „Es muss klare Bedingungen geben, was man damit erreichen möchte.“ Für seine Fraktion komme es dabei nicht auf Nationalitäten an. „Es geht darum, in einer unterversorgten Region die Versorgung wieder herzustellen.“ Wirtschaftlich getriebener Arzttourismus lasse sich nicht mal eben mit einem Programm beheben. So, wie Ärzte aus Rumänien oder Tschechien nach Deutschland kämen, so gingen deutsche Ärzte auch nach Großbritannien oder in die Schweiz. „Man kann das beklagen. Man kann darüber auch diskutieren.“ Der vorliegende Antrag werde aber keine Abhilfe schaffen.

Geld allein werde auch nach Ansicht von **Sebastian Ehlers** (CDU) keine Ärzte in die Fläche locken. „Das Gesamtpaket muss stimmen. Und das sind vielfach natürlich die Arbeitsbedingungen vor Ort.“ Die Medizin sei in vielen Bereichen

ein weiblicher Beruf. Darauf müsse man sich einstellen, etwa in puncto Kinderbetreuung und Arbeitszeiten. Ins Ausland abgewanderte Ärzte seien jedoch nicht das Hauptproblem. Viel schwerer wiege, dass M-V zu wenig Studienplätze anbiete und dadurch potentielle Ärzte von vornherein ziehen lasse. Hier bestehe dringender Änderungsbedarf. Einen wirksamen Ansatz verspricht er sich auch vom geplanten Landarztgesetz, mit dem ein Teil der Medizinstudienplätze für künftige Landärzte reserviert werden soll. In Sachen Rückkehrprämie befürchtet er dagegen Mitnahmeeffekte bei denen, die sowieso wieder nach Deutschland zurückkommen wollten. „Das sehen wir sehr kritisch.“

Die Rückkehrprämie müsse natürlich noch an Bedingungen geknüpft werden. „Jetzt geht es aber erst einmal darum, ob wir das überhaupt wollen“, argumentierte **Dr. Gunter Jess** (AfD). „Wenn ich Ihre Stellungnahmen sehe, habe ich nicht die Hoffnung, dass wir mit unserem Vorschlag hier durchkommen.“ Er betonte, dass die Rückkehrprämie auch angestellte Ärzte – und damit den Personalmangel in Krankenhäusern – mit einbeziehe. „Man sollte auch die Studenten mal darauf hinweisen, dass sie eine gewisse Verantwortung ihrem Land gegenüber haben.“ Wer hier kostenlos studieren dürfe, sollte seine Kenntnisse auch hierzulande einsetzen.

Antrag AfD, Drucksache 7/3701

Hintergrund

In M-V praktizierten im vergangenen Jahr 963 niedergelassene und 207 angestellte Hausärzte. Die aktuelle gesetzliche Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung weist landesweit 149 offene Hausarztstellen aus. 16 von 27 Planungsbereichen sind den Angaben zufolge von einer hausärztlichen Unterversorgung bedroht: Bergen auf Rügen, Demmin, Greifswald Umland, Grimmen, Güstrow, Hagenow, Ludwigslust, Neubrandenburg Umland, Neustrelitz, Parchim, Pasewalk, Rostock Umland, Schwerin Umland, Teterow, Waren und Wismar.

Quelle: <https://www.kvmv.de/mitglieder/niederlassungsanstellung/bedarfsplanung/bekanntmachung/>



Am Ende der Grundschule sollen laut Lehrplan alle Kinder schwimmen können.

Geht das Schwimmen baden?

Freie Wähler/BMV und DIE LINKE mahnen Verbesserungen beim Schwimmunterricht an

■ Zu wenig Schwimmhallen, Bahnen und Lehrer – die Fraktion Freie Wähler/BMV hat dem Schwimmunterricht an Schulen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Das Land müsse mehr tun, damit Grundschüler richtig schwimmen lernten: mehr Schwimmlehrer ausbilden, Schulträger von Fahrt- und Hallenkosten entlasten, Ferienkurse bei Vereinen fördern und sicherstellen, dass alle Grundschulen am Schwimmunterricht teilnehmen. Die Regierungsfractionen widersprachen der Kritik, sehen aber ebenfalls weiteren Redebedarf – und überwiesen den Oppositionsantrag in die Ausschüsse. Aufhänger für die Debatte war der Tod eines zehnjährigen Mädchens. Die Grundschülerin war Anfang Juni in einem Freibad im Landkreis Rostock ertrunken.

Dr. Matthias Manthei (Freie Wähler/BMV) betonte, dass 59 Prozent der Kinder, die im vergangenen Jahr die Grundschule beendet hätten, keine sicheren Schwimmer seien. Ein Drittel der Schüler habe noch nicht einmal das Seepferdchen-Niveau erlangt. Und das, obwohl Schwimmunterricht für Grundschüler Pflicht sei. Laut Rahmenlehrplan sollen alle Kinder bis zum Ende der 4. Klasse schwimmen können. „Dieses Ziel verfehlt die Landesregierung um Längen.“ Aus Mangel an Schwimmhallen und ausgebildeten Schwimmlehrern. Und weil Schulträgern das Geld für die Busfahrten und Hallengebühren fehle. „Die Landesregierung hilft hier den Kommunen finanziell nicht.“ Er warb zudem darum, private Vereine, die in den Ferien Schwimmkurse für Schüler anbie-

ten, nach nordrhein-westfälischem Vorbild finanziell zu unterstützen. „Die Vereine erhalten dort einen Zuschuss von 250 Euro.“ In den vergangenen zehn Jahren hätten etwa 30.000 Kinder diese Kursangebote genutzt.

Bildungsministerin **Bettina Martin** warf der Fraktion Freie Wähler/BMV vor, ein falsches Bild zu zeichnen. „Im Schuljahr 2016/2017 hat an 272 von 279 staatlichen Grundschulen der Schwimmunterricht regulär stattgefunden. Das sind 97,8 Prozent.“ Die sieben anderen Schulen hätten ihn in der 4. Klasse nachgeholt. Sie räumte ein, dass es in einem Flächenland für Schulen nicht immer einfach sei, den Schwimmunterricht umzusetzen. Seit 2016 seien aber 120 Lehrkräfte in Schwimmmethodik und

Rettungsfähigkeit weitergebildet worden. Bei Bedarf werde zudem nach individuellen Lösungen gesucht. Verbände wie DLRG, ASB oder DRK könnten auch jetzt schon unterstützend eingreifen. „Das wird auch finanziert.“ Mit dem Finger allein auf die Schule zu zeigen, lehnte sie ab. Schwimmfähigkeiten von Grundschulern zu verbessern, sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In diesem Bewusstsein finanziere die Landesregierung über das Bildungs- und Wirtschaftsministerium verschiedene Angebote, darunter die Projekte „Max und Vivi“ oder „Nils lernt schwimmen“. Auch der Landessportbund halte viele Angebote bereit.

Nach Ansicht der AfD-Fraktion schießt der Antrag übers Ziel hinaus. Im Schuljahr 2016/2017 seien in den vierten Klassen staatlicher Schulen 15 Prozent der Kinder ausgewiesene Nichtschwimmer gewesen, an den privaten Schulen sechs Prozent, so Stephan Reuken. Von einer mangelhaften Umsetzung des Rahmenplans könne daher keine Rede sein. Schwimmunterricht flächendeckend sicherzustellen, sei ein erstrebenswertes Ziel. „Mehr aber leider nicht. Denn die Zahl der Schwimmhallen und Schwimmlehrer ist begrenzt.“ Um das zu ändern, bräuchte es viel Geld. Wie viel – dazu sage der Antrag jedoch nichts. „Man sollte auch nicht immer gleich den Staat um Hilfe rufen. In erster Linie sollten die Eltern darüber wachen, dass ihre Kinder schwimmen lernen.“ Schwimmen zu können, sei das eine. Seine Grenzen zu kennen, das andere. „In der Mehrzahl der Fälle beruhen Badeunfälle nicht darauf, dass die Ertrunkenen nicht schwimmen konnten, sondern dass sie ihre Fähigkeiten überschätzt haben, extrem leichtsinnig oder gar alkoholisiert waren.“

Torsten Renz (CDU) verwarnte sich gegen eine „Bankrotterklärung“ des Schwimmunterrichts im Land. Das habe nichts mit der Realität zu tun. Er wundere sich, wie sehr bei dem Thema nach dem Staat gerufen werde. „Die Eigenverantwortung der Eltern ist aus meiner Sicht nicht wegzuwischen.“ Er verwies auf die Zeit der DDR. Damals sei es selbstverständlich gewesen, dass Kinder schwimmen konnten – „weil es staatlich organisiert war, aber auch gleichzeitig eine Elternverantwortung herrschte, die

dieses Thema gar nicht zum Thema machen ließ“. Heutzutage schein es indes eine Diskrepanz zwischen Statistik und gefühlter Lage zu geben. Ihm schein es daher angebracht, das Auseinanderdriften von Theorie und Praxis genauer zu beleuchten. Die Koalitionsfraktionen seien sich einig, dass das Thema noch intensiver diskutiert werden müsse, sowohl in Bezug auf den Ist-Stand als auch auf mögliche Handlungsfelder, sagte Renz und beantragte, den Antrag der Opposition in die Fachausschüsse zu überweisen.

Simone Oldenburg, Fraktionschefin DIE LINKE, wandte sich entschieden gegen Versuche, den Eltern die Verantwortung für die Schwimmfähigkeit ihrer Kinder zu geben. „Schwimmen ist Bestandteil des Rahmenplans und damit staatliche Verantwortung.“ Die Eltern kämen ähnlich wie beim Üben für Mathematik oder Deutsch zusätzlich ins Boot. Ihre Fraktion schlug vor, schon in der ersten oder zweiten Klasse Schwimmunterricht zu erteilen und die Kenntnisse in Klasse 5 in einem mehrtägigen Kurs aufzufrischen. Es könne nicht sein, dass das Land Schwimmen verpflichtend in den Unterricht integriere, die Umsetzung dann aber an mangelnden Voraussetzungen scheitere. Ein Faktor dabei seien die hohen Kosten für Schulträger. Für die Schule in ihrer Gemeinde beliefen sich diese für zwei dritte Klassen auf 11.500 Euro. In ihrer Vorstellung sollte sich die Landesregierung über ein

Landesprogramm zur Hälfte an den Kosten beteiligen. Bezogen auf alle Schulen wäre das ein Betrag von rund 1,5 Millionen Euro. „Ich glaube, das kann man mal diskutieren.“

Dirk Stamer (SPD) warf der Fraktion Freie Wähler/BMV vor, den Tod des Mädchens zu instrumentalisieren. „Ich finde das nicht gut.“ Die Umstände des Unglücks seien noch völlig unklar. „Klar ist nur, dass der Schwimmunterricht an ihrer Schule in diesem Jahrgang nicht in Klasse 3 stattfand, sondern für Klasse 4 geplant war.“ Anstatt Schwimmfertigkeiten zu verbessern, gaukele der Antrag eine Sicherheit vor. Er verschärfe vielmehr das Problem, dass zu wenig Bewusstsein bestehe, dass Kinder Schwimmen lernen müssen. Doch gerade dieses Bewusstsein sei in einem wasserreichen Land wie M-V essentiell. Er stimmte den Antragstellern zu, dass die Anzahl der sicheren Schwimmer insgesamt betrachtet niemanden zufrieden stellen könne. „Das ist ein Trend, der deutschlandweit zu beobachten ist. Dieses Problem lässt sich aber nicht nur auf die Frage nach dem Schwimmunterricht reduzieren, sondern muss deutlich umfassender diskutiert werden, da es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist“, begründete er den Überweisungsvorschlag der Koalitionsfraktionen.

Dr. Matthias Manthei (Freie Wähler/BMV) wies den Vorwurf, das Unglück zu instrumentalisieren, entschieden

zurück. Seine Fraktion habe sich schon mehrfach für bessere Schwimmfertigkeiten eingesetzt. „Das möchte ich mal ausdrücklich sagen.“ Eines der Hauptprobleme aus seiner Sicht sei, dass der Rahmenlehrplan keine konkreten Lernziele definiere. „Da steht irgendwie drin, man soll schwimmen können.“ Jedoch weder das Seepferdchen noch das Jugendschwimmabzeichen Bronze seien darin explizit verankert. Dabei gebe es einen Beschluss der Kultusministerkonferenz, wonach das Lernziel der sichere Schwimmer sei. „Natürlich werden das nicht alle Kinder. Aber das Ziel sollte zumindest vorhanden sein.“ Mit „Max und Vivi“, zwei Comic-Figuren, lerne jedenfalls kein Kind schwimmen.

Antrag Freie Wähler/BMV
Drucksache 7/3716
Änderungsantrag DIE LINKE
Drucksache 7/3774

Hintergrund

Für Kinder und Jugendliche gibt es fünf Schwimmbadabzeichen: das Frühschwimmerabzeichen „Seepferdchen“, das Vielseitigkeits- und Fitnessabzeichen „Seehund Trixi“ sowie die Jugendschwimmbadabzeichen in Bronze, Silber und Gold. Als sicherer Schwimmer gilt laut Deutscher Lebens-Rettungsgesellschaft (DLRG), wer die Disziplinen des Jugendschwimmbadabzeichens Bronze erfüllen kann.

Weitere Beschlüsse

Landtag unterstützt Masern-Impfpflicht

Der Landtag unterstützt Pläne des Bundes, eine Impfpflicht für Masern einzuführen. SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV verwiesen auf die Notwendigkeit einer hohen Impfquote und forderten in einem gemeinsamen Antrag die Landesregierung auf, die Initiativen des Bundes zu unterstützen. Hier gehe es nicht um individuelle Ent-



Foto: Jens Büttner

Eine Impfung kann vor der Krankheit Masern schützen.

scheidungen, sondern um eine Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft. Die AfD wandte sich gegen eine Impfpflicht: Sie entmündige die

Bürger und sei am Ende nur der Pharmaindustrie dienlich.

Antrag CDU/SPD-Koalition, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV, Drucksache 7/3703



Klare Worte in der Rogahner Straße in Schwerin

Straßenbaubeiträge sind Geschichte

Nun ist es amtlich: Grundstückseigentümer müssen für Straßenbaumaßnahmen, die ab dem 1. Januar 2018 begannen, keine Beiträge mehr zahlen. Der Landtag hat den Änderungen am 19. Juni mehrheitlich zugestimmt. Als Ausgleich für die wegfallenden Einnahmen erhalten die Gemeinden für die Jahre 2020 bis 2024 eine pauschale Mittelzuweisung von jährlich 25 Millionen Euro; danach sollen es mindestens 30 Millionen Euro sein. Für die Jahre 2018 und 2019 erstattet das Land ihnen die konkret entstandenen Beitragsausfälle. Im Gegenzug wurde die Grunderwerbssteuer von fünf auf sechs Prozent erhöht. Im Ergebnis der Ausschussberatungen sieht das Gesetz nun auch die Möglichkeit vor, bestehende Beitragsforderungen in Form einer Verrentung zu begleichen. Forderungen der Opposition, mit Stichtag 1. Januar 2018 auch für davorliegende Baumaßnahmen keine Beiträge mehr zu erheben sowie Härtefälle auszugleichen, fanden keine Mehrheit.

Gesetzentwurf CDU/SPD-Fraktion

Drucksache 7/3408

Beschlussempfehlung Innenausschuss

Drucksache 7/3752

Änderungsantrag AfD

Drucksache 7/3770

Änderungsantrag Dirk Lerche/AfD

Drucksache 7/3771

Änderungsanträge Freie Wähler/BMV

Drucksachen 7/3768 und 7/3772

Was bedeutet das neue Gesetz für die Bürgerinnen und Bürger?

- Grundstückseigentümer, vor deren Haustür zum 1. Januar 2018 oder später Straßenbaumaßnahmen begannen, werden dafür nicht mehr zur Kasse gebeten.
- Liegt der Spatenstich der Arbeiten vor diesem Stichtag, gilt nach wie vor eine Beitragspflicht. Die Kommunen können jedoch per Satzung regeln, dass dieser Betrag ab einer bestimmten Höhe auch in Raten gezahlt werden kann.
- Für Baumaßnahmen, die vor dem 1. Januar 2018 beendet, bis zu diesem Stichtag aber noch nicht abgerechnet wurden, bleibt die Beitragspflicht ebenfalls bestehen.
- Wichtig zu wissen: Die Abschaffung der Straßenbaubeiträge hat keinen Einfluss auf den Anteil des Grundstückseigentümers an den Kosten städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen. Diese werden auch weiterhin fällig. Grund: Hier handelt es sich um Bundesrecht (§154 Baugesetzbuch) und darauf hat die Gesetzgebung des Landes keinen Einfluss.

Buchhaltung für Kommunen vereinfacht

Das Land hat die Buchhaltung für Städte, Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände vereinfacht. Künftig sind nur noch die beiden kreisfreien

Städte Rostock und Schwerin sowie die großen kreisangehörigen Städte Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald und Wismar zu einem Gesamtabschluss verpflichtet. Die übrigen Gemeinden können wählen, ob sie einen Gesamtabschluss oder einen Beteiligungsbericht erstellen. Zudem reduzieren sich die Umfänge der Abschlüsse. Zu den Änderungen gehört auch, dass Ämter nicht mehr verpflichtet werden, den Ergebnishaushalt auszugleichen und das Überschuldungsverbot einzuhalten; die Genehmigungspflicht für Stellenpläne entfällt. Die Anpassungen sollen Verwaltungsabläufe vereinfachen und die Transparenz der Doppik verbessern. Der Landtag hat dem „Doppik-Erleichterungsgesetz“ der Landesregierung einstimmig zugestimmt.

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 7/3222

Beschlussempfehlung Innenausschuss

Drucksache 7/3751

Der Strategiefonds bleibt

Die Fraktion Freie Wähler/BMV ist mit ihrem Vorstoß, den umstrittenen Strategiefonds auf gesetzlichem Wege zu stoppen, gescheitert. SPD und CDU lehnten es ab, die Errichtung des Sondervermögens rückgängig zu machen. Die Regierungspartner kündigten an, erst einmal die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts abzuwarten. „Danach werden wir weitersehen“, sagte Tilo Gundlack (SPD) in der Landtagsitzung vom 19. Juni. Das Gericht hat sich auf Klage der Fraktion DIE LINKE am 27. Juni mit dem Strategiefonds befasst. Sein Urteil dazu steht noch aus. Die Opposition wirft der Koalition vor, die Gelder daraus intransparent und ohne genügend oppositionelle Mitsprache zu verteilen.

Gesetzentwurf Freie Wähler/BMV

Drucksache 7/3601

Mehrheit für Kohlenmonoxid-Melder

Es ist geruchlos, farblos, geschmacklos. Breitet es sich aus, kann es schnell zur tödlichen Gefahr werden: Kohlenmonoxid. In solchen Fällen können akustische Sensoren, ähnlich wie Rauchmelder, Leben retten. Anders als Rauchmelder

sind diese Detektoren in Wohnungen nicht verpflichtend vorgeschrieben. Die Koalitionsfraktionen möchten das auf Initiative der SPD gern geändert wissen und forderten die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine CO-Melder-Pflicht einzusetzen und im Land eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit zu dem Thema zu leisten. Zustimmung erhielten sie dabei von der AfD und der Fraktion DIE LINKE. Letztere hätte sich jedoch auch mehr Mut gewünscht, durch entsprechende Änderungen in der Landesbauordnung bundesweit beispielgebend voranzugehen. Die Fraktion Freie Wähler/BMV sieht im Falle einer gesetzlichen Regelung vor allem weitere Kostensteigerungen auf Mieter und Hausbauer zukommen. Anstatt immer alles regeln zu wollen, sollte mehr Aufklärung zu dem Thema betrieben werden, meinte sie und enthielt sich der Stimme.

Antrag SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/3704

Neue Redezeit für Abgeordnete



Foto: Landtag M-V

Die Fraktionen im Landtag haben sich neue Redezeiten verordnet. Künftig steht jeder Fraktion pro Verhandlungsgegenstand eine Grundredezeit von fünf Minuten zu. Hinzu kommen 30 Sekunden pro Fraktionsmitglied. Die SPD kommt damit auf insgesamt 18 Minuten, die CDU auf 13, die AfD auf 12, DIE LINKE auf 11, die Freien Wähler/BMV auf 7 Minuten Redezeit. Fraktionslosen Abgeordneten stehen drei Minuten zu. Bisher wurden die Redezeiten für jeden Verhandlungsgegenstand einzeln verhandelt und richteten sich ausschließlich nach der Größe der Fraktion. Ein weiteres Novum der geänderten Geschäftsordnung sind Kurz-interventionen. Mit ihnen können Abgeordnete ohne Anrechnung auf die Redezeit der Fraktion kurz und knapp auf einen Re-

debeitrag reagieren. Auch die Regelungen für die Fragestunde wurden überarbeitet und auf mehr Aktualität ausgerichtet: Bislang mussten die Fragen eine Woche vor der Fragestunde eingereicht werden. Nunmehr sollen der Landesregierung nur die Themen, zu denen die Abgeordneten Fragen stellen wollen, mitgeteilt werden. Diese sollen sich vorrangig auf Themen der vorangegangenen Kabinettsitzungen beziehen. Der Landtag gesteht der Landesregierung außerdem mehr Zeit zu, Kleine Anfragen zu beantworten. Die Frist wurde von zehn auf 20 Werktage erhöht.

Gesetzentwurf SPD/CDU-Fraktion, AfD, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV
Drucksache 7/2581
Beschlussempfehlung Rechtsausschuss
Drucksache 7/3750

Geschlossene Kinderklinik beschäftigt Landtag

Die Kinderklinik Parchim nimmt aus Personalmangel seit Pfingsten keine Patienten mehr auf. Ein unhaltbarer Zustand, beklagte die Fraktion Freie Wähler/BMV. Sie wollte die Situation noch vor den Sommerferien geklärt sehen. Per Dringlichkeitsantrag forderte sie die Landesregierung auf, sich für eine schnellstmögliche Wiedereröffnung einzusetzen. Gesundheitsminister Harry Glawe erklärte in der Sitzung am 20. Juni, dass sich von den fünf Ärzten der Station vier krank gemeldet hätten und er bereits in ständigen Gesprächen mit der Klinikleitung stehe. Sein Ziel sei, die Kinder- und Jugendabteilung mithilfe von Honorarärzten wieder zu öffnen. Angesichts der Ausführungen des Ministers betrachteten die Koalitionsfraktionen die im Antrag erhobenen Forderungen als erledigt und lehnten, ebenso wie die AfD und der fraktionslose Abgeordnete, den Antrag ab.

Die Kinderklinik ist aktuell immer noch wegen fehlender Ärzte geschlossen. Aus Sorge, dass dies dauerhaft so bleiben könnte und in Konsequenz dessen auch die Geburtsstation geschlossen werde, haben mehrere Mütter im Juli eine Petition gestartet und binnen zwei Wochen mehr als 45.000 Unterschriften gesammelt.

Dringlichkeitsantrag Freie Wähler/BMV
Drucksache 7/3767



1989 gingen auch in Schwerin viele Bürgerinnen und Bürger auf die Straßen. Foto: Lothar Steiner

Schülerwettbewerb zu „30 Jahre Friedliche Revolution 1989“

Bis zum 16. Oktober können sich Schülerinnen und Schüler noch beim Wettbewerb „30 Jahre Friedliche Revolution 1989“ des Landtages M-V bewerben. 1989 gingen zahlreiche Frauen und Männer in der ehemaligen DDR für Demokratie und Freiheit gewaltfrei auf die Straßen. Diese Friedliche Revolution führte letztlich zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Mit dem Wettbewerb möchte der Landtag M-V diese Friedliche Revolution besonders würdigen und alle Kinder und Jugendlichen im Land einladen, auf Spurensuche zu gehen und zu erforschen, wie die Friedliche Revolution bei ihnen verlaufen ist.

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich dazu mit der Friedlichen Revolution 1989 beschäftigen und Erkundigungen bei Informationsstellen, Eltern, Verwandten, Lehrerinnen und Lehrern, im Verein, der Kirche, im Dorf oder der Stadtverwaltung einholen.

Die Ergebnisse können in Textform zum Beispiel als Interview, Aufsatz oder Zeitungsartikel zusammengetragen werden. Die Obergrenze für den Text beträgt 10.000 Zeichen inklusive Leerzeichen, das sind in etwa 3-4 Din A4-Seiten. Auch Fotografien sind möglich.

Zusammen mit dem ausgefüllten Abgabeformular können Bilder und Texte per E-Mail 1989@landtag-mv.de gesendet werden. Weitere Informationen sowie das Abgabeformular sind zu finden unter www.bildung-mv.de/aktuell/2019/wettbewerb-30-jahre-friedliche-revolution-1989/index.html.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 01.07.2019

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2248	BMV	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalabgabengesetz - 2. KAGÄndG M-V)	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/3012	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 23.01.2019 in Beratung
7/3393	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit, zur Stärkung der Elternrechte und zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Kindertagesförderungsgesetz - KiföG M-V)	Sozialausschuss	1. Lesung: 10.04.2019 in Beratung
7/3394	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Staatshochbau- und Liegenschaftsverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 10.04.2019 in Beratung
7/3556	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulrechts	Bildungsausschuss	1. Lesung: 22.05.2019 in Beratung
7/3557	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrages	Energieausschuss	1. Lesung: 22.05.2019 in Beratung
7/3584	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale	Finanzausschuss	1. Lesung: 22.05.2019 in Beratung
7/3694	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung anderer Gesetze	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/3695	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes	Sozialausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/3696	LReg.	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/3698	AfD	Entwurf eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) - 17. AbgÄndG M-V -	-	1. Lesung: 19.06.2019 Ablehnung der Überweisung
7/3699	AfD	Entwurf eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) - 17. AbgÄndG M-V -	-	1. Lesung: 19.06.2019 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossen im Plenum am 19. Juni 2019 entschieden

Stand: 01.07.2019

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/1571	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung 28.01.2019 2. Lesung 19.06.2019	Ablehnung (die zur Änderung der Verfassung notwendige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht)
7/3222	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Transparenz und zu Erleichterungen bei der kommunalen Haushaltswirtschaft nach der doppischen Buchführung (Doppik-Erleichterungsgesetz)	LReg.	1. Lesung 13.03.2019 2. Lesung 19.06.2019	Annahme
7/3408	Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge	CDU, SPD	1. Lesung 10.04.2019 2. Lesung 19.06.2019	Annahme
7/3601	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ (Strategiefonds-Errichtungsgesetz - StratG M-V) und Änderung weiterer Gesetze	Freie Wähler/ BMV	1. Lesung 22.05.2019 2. Lesung 19.06.2019	Ablehnung

Foto: Uwe Sinnecker



Fotos: Landtag M-V

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Arbeitstreffens

Internationale Tagung

Energieausschuss: Austausch mit polnischen Abgeordneten wiederbelebt

Nach einer längeren Pause fand am 12. Juni 2019 wieder eine gemeinsame Sitzung des Energieausschusses mit Vertretern der korrespondierenden Fachausschüsse des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern statt; dieses Mal in Swinemünde. Abgeordnete beider Regionalparlamente informierten sich über das dortige Flüssiggasterminal sowie über den geplanten Autotunnel unter dem Fluss Swine, der Usedom mit der Insel Wollin und dem polnischen Festland verbinden soll.

Vor Beginn der Sitzung besichtigten die Parlamentarier das Terminal für flüssiges Erdgas (Liquefied Natural Gas - LNG). Das bislang einzige LNG-Terminal Polens wurde am Standort Swinemünde errichtet, um die nationale Energieversorgung von russischen Erdgaslieferungen unabhängiger zu machen. Hauptzulieferer für LNG ist das Emirat Katar. Weiteres Flüssiggas wird über den Spotmarkt aus Norwegen sowie den USA bezogen. Derzeit deckt die Regasifizierungs-Anlage mit rund 5 Milliarden Kubikmeter ein Drittel des Erdgasbedarfs Polens.

Nach der Erweiterung der Anlagen sowie dem Bau eines zweiten Einspeiseterminals soll der nationale Erdgasbedarf ab 2023 zu rund 50 Prozent gedeckt werden.

Am Nachmittag wurde den Abgeordneten von Vertretern der Stadt die Planung und Finanzierung des 1,4 Kilometer langen Autotunnels unter der Swine vorgestellt. Mit dem Bau des Tunnels soll die Anbindung der Stadt und insbesondere der Zugang zu touristischen Zielen an der Ostseeküste sowie der Verkehrsfluss in Richtung Westen verbessert werden. Bislang müssen Einwohner, Touristen und Transporteure teure Fährverbindungen oder lange Umwege über Stettin nutzen, um auf die Ost- oder Westseite der Swine zu gelangen. Baubeginn des Swinetunnels war September 2018. Die Fertigstellung ist für 2023 geplant. Finanziert wird er zu 85 Prozent über europäische Fördermittel. Den Rest übernimmt die Kommune Swinemünde.



Barbara Michalska (1. Vizepräsidentin des Stadtrates Swinemünde), Rainer Albrecht (Vors. des Energieausschusses des Landtages M-V) und Artur Nycz (Vors. des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Umweltschutz im Sejmik Westpommern)

In seinem Resümee konstatierte Ausschussvorsitzender Rainer Albrecht, dass er sich freue, den regelmäßigen und gegenseitigen Informationsaustausch fortsetzen zu können. Dieser sei unerlässlich, wenn man die Grenzregionen weiter voranbringen wolle. In diesem Zusammenhang sei es zudem wichtig, die Aktivitäten der Euroregion Pomerania politisch aktiv zu unterstützen. Einig seien sich alle Verantwortlichen, dass der geplante Tunnel nicht zu einem „Verkehrsinfarkt“ auf der Insel Usedom führen dürfe. Verkehrslenkende Maßnahmen sowie die Verknüpfung von Verkehrsträgern seien sowohl auf deutscher als auch auf polnischer Seite vorzunehmen.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 17. PSO und des Jugendforums

Foto: Uwe Sinnecker

Digitalisierung der südlichen Ostsee Thema in Schwerin

Jugend-Delegation empfiehlt Parlamentsforum vernetzte Start-up-Zentren

■ Die Perspektiven der Zusammenarbeit bei der Digitalisierung standen vom 23. bis 25. Juni im Mittelpunkt des 17. Parlamentsforums Südliche Ostsee (PSO). Unter Vorsitz des Landtages M-V trafen sich dazu rund 80 Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsregionen im Schweriner Schloss. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Sie begrüßte die Teilnehmenden – darunter 13 junge Erwachsene aus den Partnerregionen des parallel stattfindenden Jugendforums – im Plenarsaal. Als Ergebnis der Beratungen, die von Vizepräsidentin Beate Schlupp geleitet wurden, verabschiedeten die Delegierten eine Konferenz-Resolution zum Thema der Jahrestagung „Die Digitalisierung der Südlichen Ostseeregion – South Baltic goes digital – Chancen und Risiken“.

Darin heißt es unter anderem, dass „die ländlichen Räume in die Lage versetzt werden müssen, die Digitalisierung für sich als Chance nutzen zu können“. Zudem seien Fachkräfte erforderlich, „die den Sprung in die digitale Zukunft, welche auf dem Einsatz neuer Techno-

logien wie Roboter, Internet der Dinge, Augmented Reality basiert, schaffen können“. Das Parlamentsforum sieht zudem den dringenden Bedarf, eine gemeinsame Methodik zur Untersuchung der digitalen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Bürgerinnen und Bürger des

Südlichen Ostseeraumes zu entwickeln, um feststellen zu können, inwieweit sie digitale Innovationen und Dienste, die von öffentlichen Verwaltungen angeboten und umgesetzt werden sollen, aktiv nutzen können. In der medizinischen Versorgung sei es erforderlich, die Arbeit am grenzübergreifenden digitalen Informationsaustausch für mobile Patienten zu beginnen.

Darüber hinaus empfiehlt das Jugendforum, die Vernetzung von Start-up-Zentren, die Instrumente, Wissen und Infrastruktur für Unternehmen im gesamten Ostseeraum zur Verfügung stellen, die Förderung des Verbleibs und der beruflichen Weiterentwicklung von Spezialistinnen und Spezialisten für Digital- und Informationstechnologien und die Demokratisierung der Bildung durch den Übergang von traditionellen Bildungssystemen hin zu digitalen Bildungsplattformen. Die Ergebnisse der Konferenz sollen unter anderem in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) einfließen.

2004 wurde das Parlamentsforum Südliche Ostsee auf Initiative des Landtages M-V mit dem Ziel ins Leben gerufen, exi-

Foto: Uwe Sinnecker



Präsentation der Abschluss-Resolution

Gemeinsamer Besuch bei den MV Werften

Finanzausschuss und Wirtschaftsausschuss besichtigen Global-Schiff I

■ Der Finanzausschuss und der Wirtschaftsausschuss haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung am 13. Juni 2019 vor Ort bei der Kabinenfertigung der MV Werften in Wismar und auf den MV Werften in Rostock über Produktion und Bauzustand des Global-Schiff I informiert.

Die Ausschussmitglieder besichtigten zunächst die MV Werften Fertigmodule GmbH und die dortige Produktion der Kabinen für das Global-Schiff I. Die Geschäftsführer Johannes Gößler und Volker Asmus erläuterten den Abgeordneten anschaulich den Werdegang des Produktionsstandortes und die hier in den vergangenen zwei Jahren erfolgten Investitionen. Zudem erklärten sie den Ausschussmitgliedern bei einem Rundgang durch die Produktionshalle die einzelnen Arbeitsschritte zur Produktion der Kabinen. Nachdem den Teilnehmenden die Komplexität einer einzelnen Kabine von der Nasszelle über die technische Ausstattung bis zur Möblierung verdeutlicht worden war, war es für sie umso beeindruckender, dass bis zu 23 Kabinen täglich die Pro-

duktionshalle versandfertig verlassen könnten. Die beiden Geschäftsführer betonten auch, dass der Stand von heute nur erreicht werden konnte, weil sie ein äußerst motiviertes und engagiertes Team von Mitarbeitern hätten. Im Anschluss fuhren die Ausschussmitglieder auf die Werft nach Rostock-Warnemünde, wo sie unter anderem vom Hauptgeschäftsführer Peter Feten und dem Fertigungsleiter Holger Karl in Empfang genommen wurden. Vertreter der MV Werften informierten die Ausschussmitglieder während eines Rundgangs über den aktuellen Stand des Baus des Mittelstücks von Global-Schiff I. Die Abgeordneten zeigten sich sehr beeindruckt von der Größe des Schiffsteils. Es seien jedoch erst zehn Decks, hieß es bei dem Rundgang.

stierende bilaterale Partnerschaften und sonstige parlamentarische Beziehungen auf regionaler Ebene stärker miteinander zu vernetzen. Heute arbeiten die Landtage M-V, Schleswig-Holstein, die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, die regionalen polnischen Vertretungskörperschaften (Sejmiks) der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie die Kaliningrader Gebietsduma der Russischen Föderation im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen. Als Beobachter sind die schwedische Region Schonen und der litauische Bezirk Klaipėda assoziiert.

Die Resolution finden Sie unter www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/blickpunkt-europa-und-internationales.html.



Finanzausschuss und Wirtschaftsausschuss informieren sich über die Kabinenfertigung am Model des Betriebes.



10 Decks sind schon errichtet, 10 folgen noch.
Fotos: Landtag M-V

Noch einmal zehn Decks würden oben draufkommen. Das fertige Mittelstück müsse später dann auf der Werft in Wismar noch mit dem Bug und dem Heck verbunden werden. Die Gesamtlänge betrage dann 342 Meter.

Petitionsausschuss berät über Pflegedienste

Petenten erläutern Probleme mit Krankenkassen in öffentlicher Anhörung



Foto: Landtag M-V

Anzuhörende im Landtag

In seiner öffentlichen Sitzung am 13. Juni beriet sich der Petitionsausschuss mit Vertreterinnen und Vertretern der AOK Nordost, dem Sozialministerium und dem Wirtschaftsministerium sowie der Petentin Jessica Mendle, Geschäftsführerin eines Intensivpflegedienstes in Schwerin. Sie hatte sich an den Petitionsausschuss auch im Namen des Vereins für Intensivpflege M-V gewandt, um auf die langwierigen Verhandlungen mit der AOK Nordost hinzuweisen. Die Abgeordneten hinterfragten in der Anhörung unter anderem, welche Maßnahmen in Zukunft unternommen werden sollen, um die Verhandlungen zwischen Pflegediensten und Krankenkassen abzukürzen. „Denn“, so der stellvertretende Ausschuss-Vorsitzende Dirk Stamer, „am Ende würden sich die schwerfälligen Prozesse immer zu Lasten der pflegebedürftigen Menschen auswirken“.

Im Fall der Petentin konnten die Verhandlungen mit der Krankenkasse erst nach zwei Jahren durch ein Schiedsverfahren abgeschlossen werden. Die Geschäftsführerin musste sich dafür der Hilfe einer Unternehmensberatung und eines Anwalts bedienen und erwog zwischenzeitlich sogar, ihren Betrieb mit 150 Mitarbeitern aufzulösen.

Nach Aussage der AOK Nordost sei es ungewöhnlich, dass sich Verhandlungen derart in die Länge ziehen. Die Krankenkassen könnten aber nur Kos-

ten übernehmen, die plausibel und wirtschaftlich veranschlagt seien. Dafür müssten auch Rückfragen zu Art und Umfang der angesetzten Kosten erfolgen. Seitens der AOK Nordost wurde mehrfach betont, dass die Kassen um den Pflegenotstand wüssten und auf keinen Fall die Preise drückten. Die Petentin entgegnete, dass von Beginn an plausible Angaben bei den Krankenkassen gemacht worden seien, denn als Unternehmerin sei sie genauso daran interessiert, verlässliche Zahlen zur Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes zu nen-

nen. Ebenfalls bemängelte sie, dass die Krankenkassen allein darüber entscheiden, was als wirtschaftlich angemessen gelte. Problematisch sei auch, dass die AOK Nordost nur Kosten übernehme, die vorher als Ist-Werte veranschlagt worden seien. Das bedeutete, dass die Unternehmen Lohnerhöhungen zunächst vorfinanzieren müssten. Da die meisten Pflegedienstleister jedoch eine Vorauszahlung der Löhne nicht finanzieren könnten, komme keine Erhöhung zustande.

Während der Beratung stellte sich heraus, dass es in Berlin und Brandenburg, die ebenfalls zum Geschäftsgebiet der AOK Nordost gehören, einen Mindestsatz für geleistete Intensivpflegestunden gibt. Nur wenn der Betrieb mehr als diesen Betrag erhalten möchte, muss er überhaupt in Verhandlungen treten. Nach Aussage der Petentin wäre schon sehr viel erreicht, wenn die Verhältnisse innerhalb der AOK Nordost angeglichen werden würden.

Präsidentin empfängt Gewerkschaftler

■ Landtagspräsidentin Birgit Hesse begrüßte im August den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Reiner Hoffmann (links) im Schweriner Schloss. Gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des DGB-Bezirks Nord, Ingo Schlüter, tauschten sie sich zu aktuellen politischen Themen sowie zum Engagement des landesweiten Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ aus.



Foto: Landtag M-V

Ehrenplatz für BDA-Preis

Die Plakette BDA-Preis MV 2019, mit der der Landtag in diesem Jahr für den neuen Plenarsaal ausgezeichnet wurde, hat jetzt einen Ehrenplatz bekommen. Zum Abschluss der jährlichen Wartungsarbeiten im Plenarsaal brachte Landtags-Mitarbeiter Stefan Dietrich (re.) in Anwesenheit von Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben die Plakette im Foyer zum Plenarsaal an. Der Landesverband Bund Deutscher Architekten (BDA) würdigte mit dem Preis das „identitätsstiftende Erschei-



Armin Tebben, Birgit Hesse, Stefan Dietrich (v.l.)

nungsbild“ heißt es in der Begründung. Der BDA-Preis wird gleichermaßen an Bauherren und Architekten eines Pro-

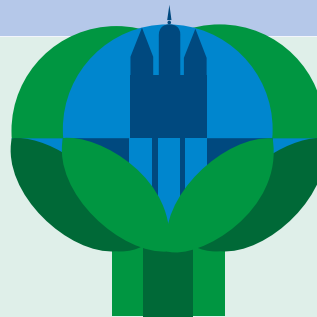
jektes verliehen. Ziel ist es, vorbildliche Bauten, die von BDA-Architekten in M-V realisiert wurden, auszuzeichnen.

Umweltpreis 2019

Der Ältestenrat des Landtages hat die Preisträger des Umweltpreises bestätigt. Die Auswahl erfolgte durch eine Jury, die vom Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt gestellt wurde. Der Umweltpreis wird vom Landtag zum Gedenken an Ernst Boll in den Kategorien "Umweltpreis" und "Jugendumweltpreis" vergeben. Er wird den Preisträgerinnen und Preisträgern am 25. September 2019 im Plenarsaal des Schweriner Schlosses verliehen.

Das diesjährige Thema des Preises lautete: „Clevere Lösungen für weniger Plastik im Alltag“. Auf der Grundlage gutachtlicher Stellungnahmen des Umweltministeriums, des Wirtschaftsministeriums sowie des Naturschutzverbandes BUND hat die Jury am 6. Juni 2019 beschlossen, den Jugendumweltpreis an folgende Bewerber zu vergeben:

- die Grundschule "Käthe Kollwitz" Greifswald für das Projekt: „Denkanstöße in der Bücherkiste“ (dotiert mit 5.000 €)
- die BUNDjugend MV für das Projekt: „It's no plastic - it's fantastic - Alternativen zu Plastik entdecken“ (dotiert mit 5.000 €)
- die Mikado H Förderschule Hagenow für das Projekt: „Bewusster Verzicht



**U M W E L T
P R E I S**

DES LANDTAGES
MECKLENBURG-
VORPOMMERN
ZUM GEDENKEN
AN ERNST BOLL

2 0 1 8
2 0 1 9

- auf Kunststoff und Nutzen von Alternativen im Alltag“ (dotiert mit 2.500 €)
- die Arche Schule, Evangelische Schule Waren Müritz für das Projekt: „Weniger Müll im Alltag - Durch Herstellung eigener Produkte“ (dotiert mit 2.500 €).

Den Umweltpreis mit einer Dotierung von jeweils 5.000 € erhalten:

- die Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Projekt: „Einführung eines nachhaltigen Pfandsystems für coffee to go“ und
- der Tourismusverband Rügen e.V. für das Projekt: „Weniger fürs Meer - Initiative zur Vermeidung von Einwegplastik und zur Stärkung des Umwelt-

bewusstseins auf Rügen und in der Hansestadt Stralsund“.

Hierzu erklärt die Vorsitzende der Jury, Elisabeth Aßmann. „Ich freue mich sehr, dass alle Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Umweltpreis diesmal einstimmig getroffen worden sind. Ein kleiner Wermutstropfen ist dabei, dass aufgrund der Doppelpremierungsverbots nach § 5 der Vergaberichtlinien – Preisträger dürfen noch nicht anderweitig ausgezeichnet worden sein – zwei weitere tolle Bewerbungen auf den Preis nicht berücksichtigt werden konnten:

- die Seepferdchenklasse der Evangelischen Schule Robert Lansemann, Wismar mit dem Projekt „Antimonsterfrühstück“ sowie
- die Pinguinklasse der Grundschule Bröbberow, mit dem Projekt „Die Ökostarter - weniger Plastik im Schulalltag“

Gleichwohl gebührt ihnen unser aller Anerkennung, denn mit der Verknüpfung von Begeisterung und Interesse für die Umwelt, Vermittlung von Schulstoff und ehrenamtlichem Engagement sind diese Schulklassen beispielgebend. Diese Aktivitäten sind uneingeschränkt zur Nachahmung empfohlen. Wenn solche Ideen in der Breite aufgegriffen werden, ist das ein bedeutender Schritt zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen“, so Elisabeth Aßmann.



Ein Teil der Arbeiten vor dem Hauptportal erfolgte vom Wasser aus.



Bis die neue Entnahmestelle an der Drehbrücke fertig war, mussten für den Notfall Stahlplatten als Weg zum See verlegt werden.



Fotos: Landtag M-V

Die Freiwilligen Feuerwehren Schwerins übten an den neuen Löschwasser-Entnahmestellen.

Löschwasser-Entnahmestellen sind fertig

Erster Übungseinsatz durch Freiwillige Feuerwehren in Schwerin

■ Bei einer Übung der Feuerwehr Schwerin sind Anfang August die neuen Löschwasser-Entnahmestellen für das Schweriner Schloss zum ersten Mal zum Einsatz gekommen. Rund 50 Frauen und Männer der Freiwilligen Feuerwehren der Landeshauptstadt probten an den beiden neu eingerichteten Stellen am Haupt- sowie am Südportal die Handhabung der Entnahmestellen, um so für den Ernstfall gewappnet zu sein.

Im Frühjahr 2018 wurde mit den schwierigen Arbeiten für die Entnahmestellen begonnen. Die Brutphase des Haubentauchers sowie längere Kältephasen stellten die Beteiligten vor besondere Herausforderungen. Spezialbohrer, Baggerarbeiten von einem Ponton aus und Taucher sorgten schließlich dafür, dass die Arbeiten Ende April 2019 abgeschlossen werden konnten. Nach einem erfolgreichen Testlauf mit Unterstützung des Technischen Hilfswerks (THW) wurde die Erneuerung der beiden Stellen an der Schlossbrücke Mitte Mai ab-

geschlossen. Dort konnte dann auch das Provisorium mit den Stahlplatten im Uferbereich endlich abgebaut und neuer Rollrasen verlegt werden.

Die neuen Löschwasser-Entnahmestellen gehören zum Brandschutzkonzept, das für den Bau des neuen Plenarsaals und die Sanierungsmaßnahmen im Bereich des Burgseeflügels erstellt wurde. Geplant und durchgeführt wurde die Baumaßnahme vom Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V (BBL).



Foto: Cornelius Kettler

Auch Taucher waren im Einsatz beim Bau der Löschwasser-Entnahmestellen.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse ist neue Vorsitzende des Vereins „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Gewählt wurde sie am 14. August während einer Mitgliederversammlung im Schweriner Schloss. Im Anschluss tauschte sich Birgit Hesse mit Initiatoren der überparteilichen und landesweiten Initiative zu künftigen Schwerpunkten und Projekten aus. Birgit Hesse: „Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit für ein demokratisches, freiheitliches und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern.“ Die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ vereint mehr als 1.500 Einzelpersonen, Vereine, Verbände und Organisationen. Alle Unterstützer des Bündnisses zeigen Gesicht für ein weltoffenes, demokratisches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern ohne Rassismus und ohne Extremismus. „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ wurde Anfang 2008 auf Initiative der Vereinigung der Unternehmensverbände, des DGB, der evangelischen und katholischen Kirchen sowie der damaligen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, stellvertretend für alle demokratischen Fraktionen ins Leben gerufen.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse hat den Botschafter der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Dr. Paul R. Seger, im Landtag empfangen. Bei einem Rundgang durch das Schloss konnte der Botschafter kurz von der Besuchertribüne aus die öffentliche Anhörung, die zum Thema Sicherheit und Ordnung im Plenarsaal stattfand, verfolgen. Ausgetauscht haben sich Birgit Hesse und Dr. Paul R. Seger unter anderem über die politischen Systeme in der Schweiz und in M-V. Der Botschafter hob insbesondere die touristische Attraktivität von M-V für Schweizer Bürgerinnen und Bürger hervor. Schweizer sind bei den Übernachtungen internationaler Besucher in M-V in 2018 und im 1. Halbjahr 2019 hinter Gästen aus den Niederlanden die stärkste Gruppe. Die Landtagspräsidentin und der Botschafter waren sich einig, die Zusammenarbeit im Tourismus und den Austausch darüber zu intensivieren.

Mit läuferischer Unterstützung von Landtagspräsidentin Birgit Hesse sind beim Spendenlauf 2019 der Beruflichen Schule Wirtschaft und Verwaltung der Landeshauptstadt Schwerin Spenden in Höhe von insgesamt 14.125 Euro zusammengekommen. Ende Juni liefen rund 600 Azubis und Fachgymnasiasten der Schule sowie weitere Unterstützer zugunsten des Fördervereins Kinderkrebshilfe Westmecklenburg, des Kinder- und Jugendhilfe Verbundes M-V, der Jumpcrew Wismar sowie für Projekte und Exkursionen der Beruflichen Schule. Auf die Teilnahme der Präsidentin aufmerksam geworden, sagten die Stadtwerke Schwerin GmbH und die AOK Nordost spontan jeweils zu, den Spendenlauf mit je 500,- Euro zu unterstützen.

Ihr eigentlicher Bestimmungsort ist die Treppe zum Teepavillon über der Nordbastion des Schweriner Schlosses. Doch der Zahn der Zeit hat seine Spuren hinterlassen an den Jahreszeitenkindern von Johann Christoph Lücke, entstanden 1742. Von ihnen gibt es nur noch drei: im Jahr 1947 soll der „Winter“ bei einer Industrie- und Handelsmesse im Schloss gestohlen worden sein. Im Schlossmuseum haben die drei verbliebenen Putten ein neues Zuhause gefunden. Jetzt wurden sie abgeholt, um gereinigt, „notversorgt“ und kartiert zu werden. Eine Wittenburger Fachwerkstatt macht sich anschließend an die Arbeit, die drei Figuren zu kopieren. Der fehlende „Winter“ wird zudem rekonstruiert. Die drei Originale kommen zurück ins Museum. Die vier Nachbauten sollen später auf die Treppe vor dem Teepavillon stehen.